

Baustein drei:

Die Finanzkrise im Dokumentartheater:

Andres Veiels „Das Himbeerreich“

Von Ingo Juchler

Inhalt des Bausteins drei

Inhalt des Bausteins drei

Titelseite

Kapitel eins: Informationen für Lehrende

Kapitel eins eins: Politik und Theater

Kapitel eins zwei: Politisch-ökonomische Bildung im Theater: Didaktische Momente

Handeln

Multiperspektivität, Empathiefähigkeit, Perspektivenwechsel

Urteilsfähigkeit

Kapitel eins drei: Die aktuelle Finanzkrise im Dokumentartheater

Kapitel eins vier: Leistungsprinzip, Gier und die Suche nach dem rechten Maß

Kapitel eins fünf: Wirtschaft, Finanzkrise und die offenbare Alternativlosigkeit der Politik

Kapitel eins sechs: Konsequenzen der Finanzkrise

Kapitel zwei: Literaturverzeichnis

Kapitel drei: Lernmaterialien

Kapitel drei, Lernmaterial eins: Deutsche Eliten: Die wahre Parallelgesellschaft?

Arbeitsvorschläge

Kapitel drei, Lernmaterial zwei: Über die Wirkung von Boni

Anmerkungen

Arbeitsvorschläge

Kapitel drei, Lernmaterial drei: Ohne Maß ist die Freiheit der Ruin

Kapitel drei, Lernmaterial vier: Mehr ist mehr. Die Krise, das Geld und wir.

Arbeitsvorschläge

Kapitel drei, Lernmaterial fünf: Ego. Das Spiel des Lebens

Kapitel drei, Lernmaterial sechs: Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zu den Maßnahmen zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion und zum bevorstehenden Sondergipfel der Euro-Länder am 7. Mai 2010 in Brüssel vor dem Deutschen Bundestag am 5. Mai 2010 in Berlin

Kapitel drei, Lernmaterial sieben: Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel am 26. Oktober 2011 in Brüssel vor dem Deutschen Bundestag am 26. Oktober 2011 in Berlin

Kapitel drei, Lernmaterial acht: Laudatio der Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der Verleihung des Karlspreises 2010 an den polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk

Kapitel drei, Lernmaterial neun: Europa hängt nicht am Euro

Kapitel drei, Lernmaterial zehn: Eurokrise: Angela Merkel – Technokratin, keine Tyrannin

Anmerkung

Kapitel drei, Arbeitsvorschläge zu den Lernmaterialien fünf bis zehn

Kapitel drei, Lernmaterial elf: Noch tiefer im Haftungsstrudel: Die Rettungsschirme EFSF und ESM – vierter Akt der Eurokrise

Eine fatale Dynamik ...

Arbeitsvorschläge

Kapitel drei, Lernmaterial zwölf: Die schweren Folgen in Griechenland

Kapitel drei, Lernmaterial dreizehn: Die große Manipulation: Wie Goldman Griechenland in den Euro holte

Kapitel drei, Lernmaterial vierzehn: Goldman Sachs gewinnt immer

Kapitel drei, Arbeitsvorschläge zu den Lernmaterialien zwölf bis vierzehn

Kapitel drei, Lernmaterial fünfzehn: Wer sind die 99 Prozent? Zum Profil der Occupy-Bewegung

Was denken die Okkupanten?

Arbeitsvorschläge

Kapitel drei, Lernmaterial sechzehn: Spielabbruch

Arbeitsvorschläge

Titelseite



Kapitel eins: Informationen für Lehrende

Die folgende Beschreibung des Textbausteins zur Finanzkrise in Zusammenhang mit Andres Veiels dokumentarischem Theaterstück *Das Himbeerreich* weicht von den anderen Beschreibungen dieses Themas und Materialien-Bandes ab: Da die Ausgangsquelle ein Theaterstück bildet, wird zunächst die Beziehung zwischen Politik und Theater vorgestellt. Im Anschluss werden didaktische Momente zur Behandlung eines Theaterstückes im politisch-ökonomischen Unterricht entwickelt. Vor diesem Hintergrund werden schließlich didaktische Anschlussmöglichkeiten für die unterrichtliche Auseinandersetzung mit dem *Himbeerreich* vorgeschlagen, die selbstredend keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Entsprechend der offenen Anlage des Textbausteins werden hier keine zu erwartenden Ergebnisse vorgestellt.

Kapitel eins eins: Politik und Theater

Die weltweite Finanzkrise brachte in vielen Staaten tief greifende wirtschaftliche und soziale Veränderungen, bisweilen auch politische Verwerfungen mit sich. Die Finanzkrise war durch das Platzen der Immobilienblase im Jahre 2008 und der daraus resultierenden Bankenkrise entstanden und ging in der Folge mit einer weltweiten Wirtschaftskrise und – insbesondere in den südeuropäischen Staaten – mit einer Staatsschuldenkrise einher, die schließlich auch die gemeinsame europäische Währung erfasste. Bislang sind die Auswirkungen der Finanz- und der Eurokrise in Deutschland noch vergleichsweise glimpflich verlaufen. Allerdings ist Deutschland in den europäischen Rettungsschirmen stark engagiert, so dass hier, wie generell zum Verlauf der Finanzkrise, noch keine abschließende Beurteilung vorgenommen werden kann.

Zur Urteilsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger im Bereich des Politischen und der politischen Ökonomie trägt das Theater bei, das als soziale Institution sich mit klassischen wie aktuellen gesellschaftspolitischen Themen auseinandersetzt. Das Theater ist von alters her mit dem Politischen verwoben. Zur Zeit der athenischen Demokratie im 5. Jahrhundert vor Christi kam den Theateraufführungen am Südhang der Akropolis die Aufgabe zu, existenzielle Herausforderungen der politischen Öffentlichkeit zu thematisieren und bei den Zuschauern einen Reflexionsprozess auszulösen, der ihre politischen Handlungen im weiteren Sinne anleiten konnte. Die Aufführungen fanden räumlich in unmittelbarer Nähe der Pnyx statt, dem Ort der Volksversammlungen und -entscheidungen der attischen Demokratie.

Ursprünglich war das Theater als attische Tragödie aus dem Kult zu Ehren des Gottes Dionysos entstanden. Peisistratos hatte im Jahre 534 vor Christi die Tragödie in den Kult der „Großen Dionysien integriert, die er schon vorher zum Zweck der Selbstdarstellung künstlich aus bestehenden rituellen Bestandteilen zusammenfügte. [hier Text gekürzt] Schon bei Peisistratos kann man eine politische Aneignung des kultischen Dionysos-Spiel zu propagandistischen Zwecken annehmen“ (Textquelle: Bierl 2007, Seite 52 bis 53).

Die klassischen Tragödien von Aischylos, Sophokles und Euripides behandeln jedoch keine aktuellen politischen Konflikte, nehmen keinen Bezug zur Tagespolitik und verweisen nicht auf real agierende politische Persönlichkeiten. Das Politische erscheint vielmehr transformiert im Mythos und ist eingebettet in übergreifende, existenzielle Fragen des menschlichen Daseins. Gerade diese Verwobenheit politischer Konflikte mit zeitlosen Herausforderungen der menschlichen Existenz lässt die 2.500 Jahre alten Tragödien auch für heutige Zeitgenossen zu narrativen Quellen werden, die uns zur Reflexion über politische wie existenzielle Fragen inspirieren und uns in einen Dialog mit anderen zu diesen übergreifenden Fragen treten lassen.

Die mit der Aufführung von Tragödien verbundene didaktische Intention kam in diesen Narrationen bisweilen sogar explizit zum Ausdruck. So erklärt etwa der Chor in der *Orestie* des Aischylos, mit der dieser 458 vor Christi die Dionysien gewonnen hatte: „Die Fülle der Einsicht aber gewinnt,/Der feiert mit Ernst den Triumph Zeus’./Weise zu sein wies er den Weg/Den Sterblichen, und er setzte dies:/Daß aus Leid wir lernen“ (Textquelle: Aischylos 1999, 173 bis 178, Rechtschreibung im Original).

Aufgrund seiner kognitiven Fähigkeiten ist der Mensch dazu in der Lage, bewusst zu handeln, sein Leben und das gemeinsame Zusammenleben in der Polis zu gestalten, was auch misslingen kann. Doch aus diesen Niederlagen kann der Mensch wie der Polis-Bürger gestärkt hervorgehen, wenn er zum Lernen aus den leidvollen Erfahrungen bereit ist.

Die Tragödien mit ihren ausweglosen Konflikten auf der Ebene des Mythos ermöglichen den Zuschauern

Erfahrungen und Einsichten, die sie für die Gestaltung ihrer eigenen Lebenspraxis und für ihr Bürger-Sein nutzen können. Diese Möglichkeit wurde im antiken Athen zur Zeit der Demokratie durch eine umfangreiche Subventionspolitik des Theaterbetriebs samt dessen Besuch unterstützt. Die Dionysien, in deren Rahmen die Tragödien in Athen aufgeführt wurden, waren von der Polis organisierte Feste, die von etwa 14.000 bis 17.000 Zuschauern besucht wurden, was „einem Drittel bis fast der Hälfte der Vollbürger der Stadt und einem beträchtlichen Anteil der sich damals auf circa 200.000 Einwohner belaufenden Gesamtbevölkerung ganz Attikas [entsprach]. Auf alle Fälle kann die Zahl repräsentativen Charakter beanspruchen und sie ist weitaus größer als die Menge von 6.000, die sich zur Volksversammlung auf der Pnyx trifft“ (Textquelle: Bierl 2007, Seite 50). Der didaktische Nutzen, den sich die Polis für ihren politischen Zusammenhalt durch den Theaterbesuch ihrer Bürger versprach, wird weiterhin in der Maßnahme augenfällig, den „Besuch der Wettbewerbe durch die Bezahlung einer Lohnentschädigung von zwei Obolen für Ärmere“ zu unterstützen (Textquelle: ebenda).

Nun stellt die Demokratie allerdings eine auch im Hinblick auf die Bildung ihrer Bürger sehr voraussetzungsvolle Regierungsform dar – die politische Urteilsfähigkeit des Demos wie die politische Bildung der athenischen Bürger allgemein stellen eine konstitutive Voraussetzung für die demokratische Herrschaftsordnung dar. Die Bürger brauchten, so der Althistoriker Christian Meier, „Kenntnisse und etwa die Fähigkeit, Reden und Vorschläge von Politikern zu beurteilen“ (Textquelle: Meier 1988, Seite 9). Vor diesem Hintergrund kann die Entstehung der Tragödie während der Hochzeit der ersten Demokratie als mit dieser Regierungsform verknüpft angesehen werden – es bestand ein „sehr enger Zusammenhang zwischen Tragödie und Politik“; die Tragödie kann, so Meier, als ein „ganz besonderes Beispiel“ dafür erachtet werden, „daß sich die Arbeit eines Gemeinwesens an seiner mentalen Infrastruktur in aller Öffentlichkeit vollzieht“ (Textquelle: ebenda, Seite 11 und 10, Rechtschreibung im Original).

Das Theater in Athen, die dort aufgeführten Tragödien, können vor diesem Hintergrund als Möglichkeit erachtet werden, der – von den Demokratiekritikern dem einfachen Volk unterstellten – mangelnden politischen Urteilsfähigkeit entgegenzuwirken. Die Tragödie ist die „einzige Gattung der damaligen Literatur [hier Text gekürzt], in der die mittleren und unteren Schichten für uns ‚anwesend‘ sind; beteiligt zwar nur als Rezipienten, trotzdem in einem gewissen Sinn maßgebend. Insofern kann man aus den Tragödien auf das schließen, was sie beschäftigt, ja umgetrieben hat“ (Textquelle: ebenda, Seite 12).

In der Folgezeit hat das Theater bis heute eine Wirkungsästhetik entfaltet, die unter didaktischen Vorzeichen mannigfach Bezüge zum Politischen und zur sozialen Lebenswelt entwickelt, wenn auch diese Bezüge oftmals nicht explizit gestaltet wurden und werden. Die erste ausgearbeitete theoretische Grundlage für das Theater mit didaktischem, politisch-moralischem Anspruch bildet Aristoteles' Poetik, wonach die Tragödie als „Nachahmung von Handelnden [hier Text gekürzt] Jammer und Schaudern hervorruft und hierdurch eine Reinigung von derartigen Erregungszuständen bewirkt“ (Textquelle: Aristoteles 1994, Seite 19). Damit wandte sich Aristoteles gegen die Auffassung seines Lehrers Platon, der im Theater eine Wirkung erkannte, welche die Sitten der Zuschauer verdirbt, und der damit einen theaterfeindlichen Traditionsstrang begründet hatte, der insbesondere von der katholischen Kirche, aber auch von der puritanischen Bewegung in England oder von Pietisten in Deutschland fortgesetzt wurde.

Gleichwohl galt das Theater etwa im Zeitalter der Aufklärung als Ort der moralischen Bildung mit vielfältigen Bezügen zur politisch-sozialen Lebenswelt des Publikums. Diese Verbindung zum Politischen ist im Theater von seiner Entstehung vor 2.500 Jahren bis heute erhalten geblieben, obgleich diese Verbindung oftmals nicht explizit erscheint, vielfach auch nicht bewusst beabsichtigt ist: „Irgendwie‘ wissen wir, dass Theater trotz allem in einer besonderen Weise zwar nicht direkt politisch ist, aber doch in der Praxis seiner Entstehung und Produktion, seiner Darbietung und seiner Rezeption durch die Zuschauer eine eminent ‚soziale‘, eine gemeinschaftliche Sache ist. Das Politische ist ihm einbeschrieben, durch und durch, strukturell und ganz unabhängig von seinen Intentionen“ (Textquelle: Lehmann 2012, Seite 20).



Kapitel eins zwei: Politisch-ökonomische Bildung im Theater: Didaktische Momente

Handeln

Der Besuch des Theaters weist einen besonderen Zugang zum Politischen auf, denn im Mittelpunkt des Bühnengeschehens, des Dramas, steht das menschliche Handeln. Handeln seinerseits stellt nach den Überlegungen von Hannah Arendt zur condition humaine neben Arbeiten und Herstellen eine menschliche Grundtätigkeit dar. Allerdings stelle „Handeln [hier Text gekürzt] die einzige Tätigkeit der Vita activa [dar], die sich ohne Vermittlung von Materie, Material und Dingen direkt zwischen Menschen abspielt. Die Grundbedingung, die ihr entspricht, ist das Faktum der Pluralität, nämlich die Tatsache, daß nicht ein Mensch, sondern viele Menschen auf der Erde leben und die Welt bevölkern. Zwar ist menschliche Bedingtheit in allen ihren Aspekten auf das Politische bezogen, aber die Bedingtheit durch Pluralität steht zu dem, daß es so etwas wie Politik unter Menschen gibt, noch einmal in einem ausgezeichneten Verhältnis“ (Textquelle: Arendt 2001, Seite 17, Rechtschreibung im Original).

Auf der Bühne des Theaters findet das menschliche Handeln durch die Schauspieler in ihren unterschiedlichen Rollen seinen pluralen Ausdruck – Drama bezeichnet im Griechischen das Substantiv für Handeln. Entsprechend gelangt Hannah Arendt zu der Feststellung: „Die Bühne des Theaters ahmt in der Tat die Bühne der Welt nach, und die Schauspielkunst ist die Kunst ‚handelnder Personen‘“ (ebenda, Seite 233). Für Arendt ist deshalb „das Theater denn in der Tat die politische Kunst par excellence; nur auf ihm, im lebendigen Verlauf der Vorführung, kann die politische Sphäre menschlichen Lebens überhaupt so weit transfiguriert werden, daß sie sich der Kunst eignet. Zugleich ist das Schauspiel die einzige Kunstgattung, deren alleinigen Gegenstand der Mensch in seinem Bezug zur Mitwelt bildet“ (Textquelle: ebenda, Seite 233, Rechtschreibung im Original).

Der Theaterbesuch und die Thematisierung von Theaterstücken in der politischen Bildung ermöglicht in besonderer Weise die Auseinandersetzung mit dem Phänomen des menschlichen Handelns, das in der pluralistischen Demokratie ein konstitutives Element bildet. Dabei ist die mimetische Praxis des Theaters nicht auf die Abbildung konkreter Menschen ausgerichtet. Vielmehr ist es, so Aristoteles, der Tragödiendichtung darum zu tun, das menschliche Handeln an sich als Lebensvollzug in einem politisch-sozialen Kontext darzustellen – „Tragödie ist nicht Nachahmung von Menschen, sondern von Handlung und von Lebenswirklichkeit“ (Textquelle: Aristoteles 1994, Seite 21).

Durch die Beschäftigung mit Theaterstücken respektive dem Besuch von Theateraufführungen können in der politischen Bildung Erfahrungen mit den allgemeinen wie spezifisch politisch-sozialen Handlungsmöglichkeiten von Menschen, der prinzipiellen Offenheit und Kontingenz menschlichen Handelns sowie dem immer wieder Anfangen-Könnens im Bereich des Politischen gemacht werden. Für eine Demokratie nicht angemessene politische Auffassungen wie das sogenannte TINA-Prinzip oder die vorgebliche Alternativlosigkeit politischer Entscheidungen können durch die im Theater vorgestellte prinzipielle Offenheit menschlicher Handlungsmöglichkeiten auch im Bereich des Politischen als haltlos und die politische Freiheit einschränkend erkannt werden.



Multiperspektivität, Empathiefähigkeit, Perspektivenwechsel

Das Theater ist der Ort, an dem die unterschiedlichsten Handlungsintentionen mit ihren jeweiligen

Auffassungen und Interessen aufeinandertreffen, sich aneinander reiben, kollidieren, zusammenfinden etc. Wie der Roman ist auch das Drama durch eine Vielstimmigkeit unterschiedlicher, auch konträrer Perspektiven gekennzeichnet und damit per se heteroglossisch angelegt (vergleiche Carlson 1992, Seite 319). Vor diesem Hintergrund ermöglicht die Beschäftigung mit Theaterstücken in der politischen Bildung das Üben der Wahrnehmung von Perspektiven anderer. Die im Theater vermittelte Pluralität von Handlungen gewährt den Zuschauerinnen und Zuschauern eine multiperspektivische Vorstellung unterschiedlichster Meinungen und Lebensvollzüge, die empathisch nachvollzogen, nachempfunden und durchdacht werden können.

Die auf diese Weise ermöglichte Übung des Perspektivenwechsels stellt eine allgemein didaktische Aufgabe dar, die grundsätzlich in jedem Unterrichtsfach durchgeführt werden kann und sollte. Für die politische Bildung stellt die Auseinandersetzung mit verschiedenen Auffassungen über politisch-soziale Gegenstände jedoch eine besondere Herausforderung dar: Das Politische in der Demokratie findet im Modus der Pluralität statt, und die demokratische Regierungsform erfordert die Fähigkeit ihrer Bürgerinnen und Bürger zur angemessenen Auseinandersetzung mit der vorfindlichen Vielzahl an Meinungen und Interessen. Der Theaterbesuch und die Beschäftigung mit Theaterstücken in der politischen Bildung ermöglicht das Einüben der Fähigkeit zum Perspektivenwechsel und zur produktiven Auseinandersetzung mit den politischen Auffassungen und Interessen anderer.

Urteilsfähigkeit

Die Auseinandersetzung mit den pluralen Perspektiven der auf der Bühne Handelnden ist der Anbahnung der Fähigkeit zur politischen Urteilsbildung in besonderer Weise förderlich. Ein politisches Urteil sollte sich gerade dadurch auszeichnen, dass nicht allein auf das jeweilige Einzelinteresse rekurriert wird, sondern auch die Interessen anderer Berücksichtigung finden. Das bedeutet nicht, sich die politischen Meinungen von anderen Personen anzueignen, wohl aber dieser pluralen Auffassungen bei der eigenen Urteilsbildung eingedenk zu sein.

Aristoteles macht als qualitatives Moment der Tragödie die „Erkenntnisfähigkeit“ aus, das heißt „das Vermögen, das Sachgemäße und das Angemessene auszusprechen, was bei den Reden das Ziel der Staatskunst und der Rhetorik ist“ (Textquelle: Aristoteles 1994, Seite 23). Die „Erkenntnisfähigkeit“ ist entsprechend „das, womit [die auf der Bühne Handelnden] in ihren Reden etwas darlegen oder auch ein Urteil abgeben“ (Textquelle: ebenda, Seite 21). In der politischen Bildung kann durch die Beschäftigung mit den vielfachen Perspektiven und Urteilen der mimetisch Handelnden die Urteilsfähigkeit quasi spielerisch angebahnt und exemplarisch geübt werden.

Die Bedeutung des Exemplarischen für die Bildung von Urteilskraft wurde bereits von Immanuel Kant in dessen Kritik der reinen Vernunft hervorgehoben. Urteilskraft, so Kant, sei ein „Talent [hier Text gekürzt], welches gar nicht belehrt, sondern nur geübt sein will“. Diese Übung ist nach Kant nur exemplarisch möglich – „Beispiele [sind] der Gängelwagen der Urteilskraft“ (Textquelle: Kant 1977, Seite 184 bis 185).

Diese Relevanz des Übens anhand von Beispielen für die politische Urteilsbildung wird heute durch neurobiologische Untersuchungen untermauert. Der Ort im menschlichen Gehirn, der für die Unterscheidung von Gut und Böse, die Verfolgung von Zielen, die Unterdrückung unmittelbarer Bedürfnisse, das Handeln im Rahmen eines bestimmten Kontextes wie auch für das Sich-in-andere-Hineinversetzen zuständig ist, stellt der orbitofrontale Kortex dar, ein über den Augen gelegener Bereich der Großhirnrinde (vergleiche Spitzer 2002, Seite 330 bis 332).

Zur Ausbildung des orbitofrontalen Kortex als Bewertungszentrum ist die Varianz der frühen Erfahrungen von entscheidender Bedeutung. „Jede einzelne Bewertung“, so Manfred Spitzer, „schlägt sich in uns nieder, führt zum Aufbau langfristiger innerer Repräsentationen von Bewertungen, die uns bei zukünftigen Prozessen der Bewertung zu rascheren und zielsichereren Einschätzungen verhelfen“ (Textquelle: ebenda, Seite 346). Die Varianz der frühen Erfahrungen und Bewertungen führe im späteren Leben zu „Differenziertheit, Toleranz und Weitblick bei Bewertungen“. Spitzer resümiert in diesem Kontext: „Durch viele unterschiedliche Erfahrungen, durch unser Reiben an den Vorstellungen anderer und durch unser damit verbundenes dauerndes Bewerten werden Räume für Repräsentationen eröffnet, oder besser: aufgespannt. Je differenzierter diese Räume angelegt werden (und dies geschieht noch bis nach der Pubertät), desto eher ist der Erwachsene später zu Bewertungen komplexer Sachverhalte in der Lage“ (Textquelle: ebenda, Seite 356).

Die Anbahnung der politischen Urteilsfähigkeit wird im Theater respektive in Theaterstücken nicht allein durch

eine rational-analytische Auseinandersetzung ermöglicht, wie dies in der konventionellen politischen Bildung in der Regel vermittle der Beschäftigung mit Sachtexten vorstättengeht. Das Theater ermöglicht vielmehr auch einen emotionalen Zugang zum Geschehen und den Beweggründen der Handelnden – Aristoteles wies auf den Umstand hin, wonach die Mimesis der Handlungen bei den Rezipienten „Jammer“ und „Schaudern“ hervorrufe, was schließlich zu einer affektiv-moralischen „Reinigung“ führen sollte (vergleiche Aristoteles 1994, Seite 19). Die durch das Theater angebahnte politische Urteilsbildung der Zuschauerinnen und Zuschauer wird mithin durch eine Reflexion ermöglicht, die emotional und rational-analytisch geleistet werden kann.

Kapitel eins drei: Die aktuelle Finanzkrise im Dokumentartheater

Im deutschsprachigen Gegenwartstheater ist derzeit ein Trend zum Dokumentarischen unverkennbar (vergleiche Enghart 2013, Seite 109 bis 111). Das Himbeerreich von Andres Veiel wurde im Januar 2013 als Auftragswerk des Deutschen Theaters Berlin und des Schauspiels Stuttgart in beiden Häusern uraufgeführt. Andres Veiel, Jahrgang 1959, Autor sowie Film- und Theaterregisseur, war 2001 mit Black Box BRD, seiner preisgekrönten filmischen Doppelbiografie zu Alfred Herrhausen und Wolfgang Grams, einem breiteren Publikum bekannt geworden. Die bei der Recherche zu Black Box BRD gewonnenen Kontakte zu hochrangigen Bankerkreisen konnte Veiel denn auch für sein dokumentarisches Theaterstück Das Himbeerreich nutzen: Er führte mit 25 ehemaligen und aktiven Bankern in London, Zürich, Frankfurt am Main und Berlin Interviews und erhielt damit Textmaterial im Umfang von circa 1.400 Seiten. Die Interviews wurden mit der Versicherung der Anonymisierung durchgeführt. Entsprechend ist das Himbeerreich dem dokumentarischen Theater zuzurechnen, wenn auch die darin auftretenden sechs Personen fiktiv sind und jeweils die Haltungen und Positionen von mehreren realen Personen in sich vereinen.

Die Tradition des dokumentarischen Theaters reicht in die Zeit der Weimarer Republik zurück. Vielfach wird Erwin Piscators politische Revue Trotz alledem! aus dem Jahre 1925 als erstes dokumentarisches Drama erachtet, das vermittels der Montagetechnik authentisches Material wie Reden, Zeitungsausschnitte und Fotografien zur Darstellung der gesellschaftlichen Wirklichkeit nutzt. Zu den Entstehungsbedingungen des dokumentarischen Theaters erklärt Brian Barton: „Die dokumentarischen Wellen im deutschsprachigen Theater – 1924 bis 1929 und 1963 bis 1970 – entstehen zu Zeiten, in denen bestimmte soziale und politische Fragen der Zeit als zu dringend, zu komplex oder zu überwältigend empfunden werden, um mit fiktiven Handlungen und Figuren behandelt zu werden. Künstlerische Wahrheit muß dann durch den konkreten dokumentarischen Beleg beglaubigt werden. [hier Text gekürzt] Die Stärke des dokumentarischen Theaters liegt in seiner Fähigkeit, die Kernfragen der heutigen Zeit auf der Bühne darzustellen und zu interpretieren“ (Textquelle: Barton 1987, Seite 1 bis 2, Rechtschreibung im Original).

Mithin können durch das dokumentarische Theater Auseinandersetzungen der politischen und sozialen Welt auf der Grundlage von authentischen Dokumenten auf die Bühne transformiert werden, um hierdurch eine Gelegenheit zur Reflexion über Gegenstände des Politischen zu ermöglichen, die sonst nicht oder lediglich unter eingeschränkter Perspektive vorgenommen werden könnte. Das dokumentarische Theater vermag gerade durch die Verwendung von authentischem Material die ansonsten vielfach verschleierte oder einer breiteren Öffentlichkeit nicht zugänglichen Machtstrukturen der politisch-ökonomischen Sphäre vorzustellen und einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Nach Peter Weiss übt das dokumentarische Theater als Teil des öffentlichen Lebens „Kritik an der Verschleierung“, „Kritik an Wirklichkeitsfälschungen“ sowie „Kritik an Lügen“. Weiter heißt es in dessen Notizen zum dokumentarischen Theater: „Obgleich die Kommunikationsmittel ein Höchstmaß von Ausbreitung erreicht haben und uns Neuigkeiten aus allen Teilen der Welt zukommen lassen, bleiben uns doch die wichtigsten Ereignisse, die unsere Gegenwart und Zukunft prägen, in ihren Anlässen und Zusammenhängen verborgen. Die Materialien der Verantwortlichen, die uns Aufschluß geben können über Tätigkeiten, von denen wir nur die Ergebnisse sehen, werden uns unzugänglich gemacht“ (Textquelle: Weiss 1980, Seite 92 bis 93, Rechtschreibung im Original).

Zwar stützt sich Andres Veiel im Himbeerreich nicht auf der breiten Öffentlichkeit vorenthaltene Materialien, die Aufschlüsse über die Ursachen und den Verlauf der Finanzkrise bieten könnten. Doch gelingt es ihm durch die Verwendung authentischen Interviewmaterials, die wirtschaftlich-politischen Perspektiven und moralischen Haltungen von Akteuren aus der Welt der Hochfinanz darzustellen, die ansonsten der breiteren Bevölkerung nicht zugänglich ist und verschlossen bleibt.

Das Stück ist in fünf Akte unterteilt, in denen die Personen auf der Bühne weniger handeln als im Rückblick ihr Handeln als Banker vorstellen und darüber rasonieren. Die Reflexion über die vorgetragenen dokumentarischen Äußerungen der vormaligen finanzwirtschaftlichen Entscheidungsträger bleibt dem Publikum vorbehalten. Da das Himbeerreich keine eigentliche Handlung hat, bietet sich umso mehr eine Auseinandersetzung mit den dokumentarischen Aussagen der auftretenden Banker und im Weiteren mit wirtschaftlichen, politischen und moralischen Auffassungen und Haltungen der Hochfinanz an. Das gesamte Stück spielt in einem „Raum mit Kabinen, die an Aufzüge erinnern, die Wände mit teurem Edelmetall behangen, das dem Ort das Klaustrophobische nimmt. Der Raum ist nicht eindeutig definiert, durch das sparsame Inventar (Bürostühle und ähnliches) erinnert er an ein rudimentäres Großraumbüro, zugleich könnte er aber auch ein großer Wartesaal sein“ (Textquelle: Veiel 2013, Seite 505).



Kapitel eins vier: Leistungsprinzip, Gier und die Suche nach dem rechten Maß

Im ersten Akt, „Das große Fest“, stellt Frau Manzinger ihre wirtschaftlich-soziale Weltsicht und die damit verbundenen Wertmaßstäbe vor – „unser Banking“ habe „über Jahrzehnte für einen gesamtgesellschaftlichen Mehrwert gesorgt“ und stehe für ein „Modell, das in sich utopisch ist und zugleich gesamtgesellschaftlich Maßstäbe setzt, ein breeding ground für eine ethisch fundierte Community“. Dabei sei „Vielfalt“ zu einem „entscheidenden Wettbewerbsvorteil“ geworden, weshalb es für die Branche elementar sei, auf jedwede Diskriminierung von Menschen zu verzichten – Mitarbeiter würden lediglich aufgrund ihrer Talente eingestellt, „unabhängig vom sozialen Background, seiner Nationalität, seinem Alter, seiner Hautfarbe, seinem Geschlecht und seiner Religion“ (Textquelle: Veiel 2013, Seite 506).

Diese Idealisierung des Leistungsprinzips konterkariert die gesellschaftliche Realität der Rekrutierung von Eliten der Finanzindustrie wie der Wirtschaftselite allgemein. So stellt sich die soziale Rekrutierung von Eliten im wirtschaftlichen Sektor im Vergleich zu anderen Bereichen am exklusivsten dar: „Nicht einmal jeder Vierte ist ein sozialer Aufsteiger. Arbeiterkinder bekleiden sogar weniger als sechs Prozent der Spitzenpositionen. Lässt man die öffentlichen Unternehmen, die knapp ein Fünftel der Elitepositionen ausmachen, außen vor, wird das Bild noch homogener. Während in den öffentlichen Unternehmen aufgrund politischer Einflüsse nur 46 Prozent der Spitzenpositionen von Bürger- oder Großbürgerkindern besetzt werden, sind es in den großen Privatunternehmen über 83 Prozent. An ihrer großen Dominanz hat sich hier seit Jahrzehnten nichts geändert“ (Textquelle: Hartmann 2014, Seite 7) (Lernmaterial eins).

Weiterhin war die von Frau Manzinger vorgenommene Idealisierung des Leistungsprinzips in der Folge der Finanzkrise verstärkt hinterfragt und vielfach konterkariert worden. Boni-Zahlungen, die eigentlich eine besondere Belohnung für erbrachte Leistungen darstellen, wurden im Bankensektor einerseits in unverhältnismäßiger Höhe vorgenommen, andererseits stand diesen keine entsprechende Leistung gegenüber: „Verstärkt und zur Gier entwickelt werden kann ein stark gewinnorientiertes Verhalten – gleich ob man es nun als Trieb, Motiv oder Sucht sieht – durch entsprechende Anreize. [hier Text gekürzt] Die einfache Regel, wonach ein Mehr an Belohnung zu einem Mehr an Leistung führt, ist – wie die Ergebnisse verschiedenster Untersuchungen zeigen – schlicht falsch. [hier Text gekürzt] Exzessive Vergütungen, dies dürfte eine zwischenzeitlich allgemeine Erkenntnis sein, haben im Finanzbereich vor allem einen Effekt: [S]ie verleiten ihre Empfänger zu einem exzessiv risikoreichen Verhalten – vor allem, wenn dies im Verlustfall für die handelnden Personen mit keinen Sanktionen verbunden ist. Boni haben deshalb auch keine im Prinzip systemwidrigen oder gar ungesetzlichen Verhaltensweisen provoziert, sondern ‚lediglich‘ ein an und für sich erwünschtes Verhalten in eine extreme und dadurch zerstörerische Form gesteigert“ (Textquelle: Wahren 2011, Seite 86 bis 87) (Lernmaterial zwei).

Darüber hinaus war bereits die Recherche von Andres Veiel für das Stück im Hinblick auf die fehlende Gleichheit unter den Geschlechtern bei der Besetzung von finanzwirtschaftlichen Top-dog-Positionen bezeichnend: Unter den von ihm interviewten Bankern befanden sich nur zwei Frauen, und beide waren „unterhalb der Vorstandsebene. Bei allen deutschen Großbanken sitzen im Moment wohl nur Männer in den Vorständen“ (Textquelle: Veiel, zitiert nach Becker 2012, Seite 3).

Niki Modersohn übernimmt in Andres Veiels dokumentarischer Arbeit gleichfalls im ersten Akt den Part der subjektiven Erklärung dafür, weshalb in der Finanzindustrie Beschäftigte bisweilen bei ihren Gehaltsforderungen respektive gewinnorientierten Einkommen im Bonussystem jedes Maß verlieren: „Ich hab angefangen mit 80.000, 100.000, das ist für die sechzig Stunden nicht viel, die du da rumrockst, der Rest sind incentives, variable Gehaltszulagen, du musst wissen[,] wo Musik drin ist und wie lange sie spielt. [hier Text gekürzt] Das sind kleine Flirts mit Mephisto, keine Frage, am Anfang arbeitest du mit ein paar Millionen, dann kommt ‘ne Null ran, dann noch eine, und auch bei den Gehaltszulagen kommt plötzlich ‘ne Null ran, wo ist der Punkt und wo das Komma, dann soll ich zehn Millionen handeln, dann hundert Millionen, dann 11,7 Milliarden ... das ist nicht Regionalliga, du stehst vor einem Deal, du kriegst was mit, was die anderen nicht wissen, setzt auf ..., der spinnt, und am Abend hast du 400 Millionen für die Bank gemacht, was bleibt da, am Ende eines Tages, am Ende eines Jahres? Was sind 60 Milliarden?“ (Textquelle: Veiel 2013, Seite 508, Hervorhebung im Original).

Gottfried W. Kastein, der im Stück den Widerpart zu den Apologeten des bestehenden Finanzsystems spielt, fragt nach diesen Äußerungen Modersohns: „Wenn Sie jede Sekunde einen Euro zum Fenster rauswerfen, Tag

und Nacht, Samstag und Sonntag, mit Schaltjahr und ohne. Wann müssen Sie damit beginnen, um auf 60 Milliarden zu kommen? – Bei Christi Geburt. Ihr Gehirn ist programmiert auf Eins, Zehn, Hundert, vielleicht noch Tausend, aber nicht auf Milliarden“ (Textquelle: ebenda).

Herrn Kasteins Verbildlichung der ungeheuren, dem menschlichen Vorstellungsvermögen nicht wirklich begreifbaren Geldsummen und die damit verbundene Kritik am Immer-mehr-haben-Wollen seiner Kollegin und Kollegen verfangen bei diesen nicht als Argument. Vielmehr erklären Frau Manzinger und Herr Modersohn ihm den Zusammenhang von persönlicher Gier und dem Erfolg des Finanzsystems wie folgt: „FRAU MANZINGER Gier ist mehr als Habgier und Raffsucht. Zu Kastein Denken Sie an Begriffe wie Begierde, Begehrlichkeit, Neugierde. Gier kann durchaus sinnstiftend und anregend sein. Wer sorgt denn immer noch für die Überschüsse der Bank? – Das sind wir./MODERSOHN Refrain ist: Ich hab ausgesorgt, höre in fünf Jahren auf, mach mich vom Acker. Das sagt hier jeder, und alle machen weiter, außer you get sacked, kann mir keiner erzählen, warum war WALLSTREET so ein Erfolg? Sind doch alle mit den gleichen Hosenträgern rumgelaufen, waren Sie mal in einem Hörsaal mit tausend BWL-Studenten?“ (Textquelle: ebenda, Seite 508).

Vor dem Hintergrund ihrer Beschäftigung mit diesen Textpassagen können sich die Schülerinnen und Schüler mit den Themen „Gier in der Finanzindustrie“, „Werte“ und dem „Prinzip der Verhältnismäßigkeit“ auseinandersetzen. Als Einstieg hierzu kann ein Textauszug von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble dienen. Schäuble macht dabei deutlich, dass sich die Eigenschaft der Gier nicht allein auf die Vertreterinnen und Vertreter der Hochfinanz beschränkt, sondern ein allgemein menschliches Spezifikum ausmache, das schließlich zur bestehenden Wirtschafts- und Finanzkrise geführt habe: „Viele der Übertreibungen, die zur Krise geführt haben, sind nicht ohne die Gier vieler Marktteilnehmer zu erklären und auch nicht ohne die Gier der Anleger, die sich die Chance auf Traumrenditen nicht entgehen lassen wollten – von Investmentfonds über Kleinsparer bis zu klammen Kommunen“ (Textquelle: Schäuble 2010, Seite 135) (Lernmaterial drei).

Allerdings sieht Schäuble dadurch nicht eigennütziges Verhalten im Allgemeinen abgewertet, sondern erachtet vielmehr dieses als für das marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem essenziell: „Manche wollen nun die verständliche Empörung hierüber dazu nutzen, den Eigennutz als Antriebsfeder wirtschaftlichen Wachstums in freiheitlichen Wirtschaftssystemen insgesamt zu diskreditieren. Doch wie eine Wirtschaftsordnung ohne gesunden Eigennutz funktionieren soll, kann niemand erklären“ (Textquelle: ebenda) (Lernmaterial 3). Deshalb sei in der gegenwärtigen Situation eine „Rückbesinnung auf die Raison d'être des Finanzwesens [hier Text gekürzt] im ureigensten Interesse der Finanzindustrie selbst“. Wir bräuchten eine „neue Kultur der Mäßigung und der Verantwortung“ (Textquelle: ebenda, Seite 142) (Lernmaterial drei).

Vor diesem Hintergrund resümiert der Bundesfinanzminister seine Ausführungen wie folgt: „Die wirksamste Vorkehrung gegen Schumpeters ‚Zersetzung‘ der Voraussetzungen unserer Ordnung sind letztlich nicht Gesetze und Vorschriften, sondern Werte, die wir in Familie und Gesellschaft glaubhaft leben und vermitteln müssen. [hier Text gekürzt] Für mich als Christdemokraten sind es die Orientierung an Maß und Mitte, die Vermeidung von Übertreibungen und die Besinnung auf das bonum commune unserer Republik, den Einklang von Freiheit und Verantwortung“ (Textquelle: ebenda, Seite 143) (Lernmaterial drei).

Schäubles Auffassungen zur Gier als allgemein menschliches Charakteristikum korrespondiert im Himbeerreich mit den diesbezüglichen Erwägungen von Frau Manzinger. Sie erkennt gleichfalls in der Gier ein in der gesamten Gesellschaft verbreitetes Phänomen, das die Finanzindustrie mit ihren diversen Produkten lediglich zu bedienen sucht: „Der Financial Sector zahlt weltweit den größten Beitrag an Unternehmenssteuern ... Wir führen aus, was unsere Kunden wollen: Mehr Rendite zu erzielen als der Konkurrent, der Wettbewerber, der Kollege, der Nachbar. Damit spiegeln wir eine Grundhaltung, die der Zahnarzt mit seinem Wunsch nach einem anspruchsvollen Renditemodell genauso mitträgt wie der Stadtkämmerer, der die örtliche Wasserversorgung an einen Investor veräußert. Wer auf uns zeigt, meint sich selbst“ (Textquelle: Veiel 2013, Seite 528).

Das menschliche Charakteristikum des Immer-mehr-haben-Wollens, das sich in der Marktwirtschaft entfalten kann, impliziert jedoch Folgen, die nach Auffassung von Heiner Ganßmann ständig wieder auftreten. Den Zusammenhang von Gier und immer wiederkehrenden ökonomischen Krisen erklärt er folgendermaßen: „Dass wir alle mehr Geld besser finden als weniger, wird, weil es kriselt, plötzlich als Gier denunziert. Vor allem als die Gier der anderen. Die Banker sind die Wölfe, und wir sind die Schafe, und die Gier der Banker hat uns alle in die Krise getrieben. Aber warum ließen sich so viele so willig von den Tricks der Finanzillusionisten blenden? [hier Text gekürzt] Das Grundproblem ist nicht die Gier der Banker. Das Problem ist, dass sich unser aller Wunsch nach mehr Geld nicht an die Vermehrung der Dinge, die man für Geld kaufen kann, anbinden lässt. Per Kredit

bekommt man zwar mehr Geld, als man verdient, im Vorgriff auf eine Gegenleistung. Ob die Gegenleistung dann aber zustande kommt, steht vorab nicht fest. Alle hoffen und viele wetten darauf, indem sie mit geliehenem Geld Einkommensansprüche erwerben. (Wert-)Papiere. Doch eines Tages entdeckt jemand und bald sehen es sehr viele: Der Kaiser ist nackt. Den vielen Ansprüchen stehen keine Leistungen gegenüber“ (Textquelle: Ganßmann 2012, Seite 16) (Lernmaterial vier).

Zur Vermeidung der sich stetig wiederholenden Krisen im marktwirtschaftlichen System verweist Ganßmann auf den Ökonomen John Maynard Keynes. Im Hinblick auf die Lernfähigkeit der Menschen aus ökonomischen Krisen bleibt er allerdings skeptisch: „Ein besonders kluger Ökonom, John Maynard Keynes, beschwor 1926 in einem lesenswerten Essay das ‚Ende des Laissez-faire‘. Politische Regulierung des Kapitalismus – das war nach jeder größeren Krise die gebotene Lektion. Zu dumm, dass das kollektive Gedächtnis immer wieder aussetzt und alle früher oder später erneut von den Segnungen unbegrenzter Märkte träumen. Immer mehr Geld? Bitte schön. Dann wird die nächste Krise umso schlimmer“ (Textquelle: ebenda, Seite 17) (Lernmaterial vier).



Kapitel eins fünf: Wirtschaft, Finanzkrise und die offenbare Alternativlosigkeit der Politik

Das von John Maynard Keynes und Heiner Ganßmann angesprochene Verhältnis von Wirtschaft und Politik wird gleichfalls im Himbeerreich thematisiert. Allerdings steht hier nicht eine mögliche Regulierung der Finanzmärkte durch staatliche Einrichtungen und Gesetze in Rede, sondern der Politik wird im Gegenteil ein gehöriger Anteil an Mitverantwortung für das Ausgreifen der Finanzindustrie auf riskante Produkte im Investmentsektor zugesprochen:

„VON HIRSCHSTEIN

Ich kann mich erinnern, dass alle Vorstandsvorsitzenden der großen deutschen Banken nach Berlin ins Ministerium zitiert wurden und dass uns die Leviten gelesen wurden, dass der Finanzplatz Deutschland immer mehr gegenüber London und New York zurückfällt und dass wir mal auf Vordermann kommen, mehr ins Risiko gehen müssen, die Derivate und die Strukturierten Finanzierungen ausbauen, dass wir endlich mal modern werden, das, was die Amerikaner uns mit den großen Investmentbanken vormachen ...

MODERSOHN

Da fangen ja nicht plötzlich ein paar durchgeknallte Leute an, irrsinnige Geschäfte zu machen. Da muss die Politik ja erst einmal die richtigen Strukturen schaffen. Das muss auf den Weg gebracht werden. Die Politik hat doch die Brandbeschleuniger legalisiert. Hohes Risiko, hoher Ertrag, den Song haben wir gemeinsam gesungen!

KASTEIN

Jeden Abend sitzen die zusammen, ich kenne den Laden. Können wir gleich mal hingehen. Jeden Abend machen die da Berlin. Kommen von der Regierung, gehen zur Regierung, und nachts ruft die Kanzlerin noch an, sagt, helfen Sie mir mal, erklären Sie mir das mal. Und wenn's ganz dringend ist, kommt der Chef persönlich ins Kanzleramt. Am nächsten Tag haben wir das in den Regierungserklärungen.

FRAU MANZINGER

Es war politisch gewünscht, dass die Bank im Investmentsektor auf Akquise geht. Der Blick konnte ja nur nach Amerika gehen, dort wollten wir mitmischen, der Finanzplatz Frankfurt galt als immer mehr abgehängt, wir sollten aufholen“

(Textquelle: Veiel 2013, Seite 517 bis 518, Hervorhebung im Original).

War die Politik am Ausüfern der Aktivitäten von Banken im riskanten Investmentbanking nicht unbeteiligt, so wirkte sie angesichts der Finanzkrise umso ratloser im Hinblick auf den adäquaten Umgang mit dieser. Frank Schirrmacher macht hierfür insbesondere die schiere Dimension der Zahlen aus, um die es bei der Finanzkrise geht: „Zu den größten Alarmzeichen der Krise zählt, dass es im Zeitalter der neuen Rationalität keine rationalen Antworten mehr gibt. Schaut man genauer hin, stellt man fest, dass die Finanzkrise mit ihren astronomischen, jedes menschliche oder politische Fassungsvermögen überfordernden Zahlen uns zu Insassen des Rechners selbst macht, in dem wir nur noch staunend Ketten von Zahlen und Codes an uns vorbeirauschen sehen. So muss es sich im Inneren der Matrix anfühlen. Nach der Lehman-Krise waren zeitweise weder Banken noch deren Aufsichtsgremien in der Lage, Soll und Haben auseinanderzuhalten. ‚In der Falle sein‘ ist eine der meistbenutzten Wendungen im Zusammenhang mit der Finanz- und Eurokrise, von der Liquiditäts- bis zur Verfassungsfalle“ (Textquelle: Schirrmacher 2013, Seite 164 bis 165) (Lernmaterial fünf).

Das In-der-Falle-Sitzen führe im Weiteren dazu, so Schirrmacher, dass die Politik vorgibt, ihre Handlungsmöglichkeiten seien nun eingeschränkt und es gebe nur diesen oder jenen determinierten Umgang mit der Krise: „Die politischen Akteure sitzen in der Falle. Dass das so war, sagten sie selbst, sagten Medien, Analysten, sah jeder, der die Nachrichten anschaltete. Wie oft kann man ‚Falle‘ sagen, ehe man merkt, dass es wirklich eine ist? Schon die Sprache, selbst die Körpersprache der Politiker erinnert seit der Finanzkrise an Eingesperrte. ‚Fallensprache‘ ist eine Sprache, die um hundert Ecken denkt, Fluchten vortäuscht, wo keine sind, und Routine, wo bereits die Panik herrscht. Die Politiker suchen in abgeschotteten Räumen nach ‚Auswegen‘, sie drehen sich im Kreise, verwenden Satzbildungen der Exklusion („Es gibt keine Alternative“), Passiv-Konstruktionen des Erleidens („Wir werden gezwungen“) und legen sich auf eine einzige Rationalität fest („Scheitert der Euro, scheitert Europa“), die zur Raison aller anderen Käfiginsassen wird“ (Textquelle: ebenda,

Seite 165) (Lernmaterial fünf).

Die von Schirrmacher zitierten Aussprüche „Es gibt keine Alternative“ und „Scheitert der Euro, scheitert Europa“ verweisen auf Reden von Bundeskanzlerin Angela Merkel, in denen sie die vorgebliche Alternativlosigkeit ihrer Euro-Politik darlegte. Ursprünglich wurde das Diktum „There is no alternative“, das sogenannte TINA-Prinzip, von der ehemaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher zur Beschreibung ihrer scheinbar alternativlosen Wirtschaftspolitik der ordnungspolitischen Deregulierung verwandt. Kanzlerin Merkel sprach von ihrer alternativlosen Politik im Kontext der Maßnahmen zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion vor dem Bundestag im Mai 2010 von Voraussetzungen für Hilfen an Griechenland im Rahmen der Finanzkrise: „Dritte Voraussetzung. Griechenland ist nicht mehr in der Lage, sich selbst auf den internationalen Kapitalmärkten zu refinanzieren. Dies ist nicht allein ein Problem Griechenlands, sondern Ausgangspunkt unabsehbarer Folgen für den gesamten Euro-Raum. Deshalb gilt als vierte Voraussetzung: Die zu beschließenden Hilfen für Griechenland sind alternativlos, um die Finanzstabilität des Euro-Gebietes zu sichern. Wir schützen also unsere Währung, wenn wir handeln“ (Textquelle: Merkel 2010a, Hervorhebung im Original) (Lernmaterial sechs).

In der Folge geriet der Begriff „alternativlos“ zum Unwort des Jahres 2010 in Deutschland. Weiterhin gründete sich im Februar 2013 in der Bundesrepublik eine Partei, die bei ihrer Namensgebung explizit auf die vorgeblich alternativlose Euro-Politik der Bundeskanzlerin sowie der etablierten Parteien Bezug nahm – die Alternative für Deutschland (AfD) konnte nicht zuletzt bei der Europawahl im Mai 2014 beachtliche Erfolge erzielen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte auch in der Folgezeit ihre Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro als alternativlos dar. So heißt es in der Regierungserklärung von Kanzlerin Merkel zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel im Oktober 2011: „Gestatten Sie mir angesichts der Lage – nicht nur der ökonomischen Lage wegen der Schuldenkrise, sondern auch der politischen Lage in einzelnen Staaten Europas – zum Schluss ein persönliches Wort. Niemand sollte glauben, dass ein weiteres halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Europa selbstverständlich ist. Es ist es nicht. Deshalb sage ich: Scheitert der Euro, dann scheitert Europa. Das darf nicht passieren“ (Textquelle: Merkel 2011) (Lernmaterial sieben).

Bereits anlässlich der Verleihung des Karlspreises an den polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk 2010 war Bundeskanzlerin Angela Merkel auf den von ihr konstatierten Kausalzusammenhang zu sprechen gekommen und hatte dabei die Folgen eines Scheiterns der gemeinsamen europäischen Währung weiter konkretisiert: „Scheitert der Euro, dann scheitert nicht nur das Geld. Dann scheitert mehr. Dann scheitert Europa, dann scheitert die Idee der europäischen Einigung“ (Textquelle: Merkel 2010b) (Lernmaterial acht).

Für die Kommentatorin des Magazins Cicero, Petra Sorge, handelt es sich bei dem Satz Bundeskanzlerin Merkels über das drohende Scheitern um „komplette[n] Unfug“; Merkel beschwöre ein „ideenloses Schreckensszenario“ (Textquelle: Sorge 2011) (Lernmaterial neun). Bei der Auseinandersetzung mit ihrem Kommentar können die Schülerinnen und Schüler sich mit deren Thesen zu Merkels Diktum auseinandersetzen. Gleiches gilt für Thematisierung der scheinbaren Alternativlosigkeit durch Sabine Beppler-Spahl in der Zeitschrift *Novo Argumente*. Beppler-Spahl setzt dabei das Diktum Merkels in den Zusammenhang mit dem demokratischen Regierungssystem: „Doch eine Politik der Alternativlosigkeit ist keine Politik – zumal keine demokratische. Demokratie, wir wissen es aus dem Schulunterricht, lebt vom Konflikt und davon, dass konkurrierende Meinungen und Ordnungsentwürfe öffentlich artikuliert werden. Politik wird glaubhafter, wenn sie das Ergebnis einer möglichst breit angelegten Debatte ist, bei der Argumente auf Gegenargumente stoßen und unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten oder Ideen einer kritischen Überprüfung standhalten müssen. Auch radikale Gedanken, die einem allgemeinen Konsens widersprechen oder an Tabus rütteln, haben ihre Berechtigung und sind notwendig für die Meinungsbildung. Mehrfach ist bereits darauf hingewiesen worden, dass Wähler durchaus bereit sind, Nachteile in Kauf zu nehmen, wenn sie von den getroffenen Entscheidungen überzeugt sind“ (Textquelle: Beppler-Spahl 2012) (Lernmaterial zehn).

Den im Himbeereich von Hirschstein dargelegten Zusammenhang von Politik und Wirtschaft im Kontext der Finanzkrise können die Schülerinnen und Schüler im Weiteren in der Auseinandersetzung mit den Positionen des Ökonomen und Präsidenten des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Werner Sinn, diskutieren. Sinn erkennt im Verhalten von Politikerinnen und Politikern angesichts der Finanzkrise keine „Fahrlässigkeit oder Irrationalität“. Das Agieren der Politik sei vielmehr auf die Verhinderung eines Finanzcrashs ausgerichtet gewesen – und die Politikerinnen und Politiker hätten „nicht eigene Fehler eingestehen“ wollen: „Es ergab sich eine Pfadabhängigkeit der Politik, die nach dem, was schon entschieden und geschehen war, quasi automatisch

den jeweils nächsten Schritt hervorbrachte. Das ist es wohl, was die Bundeskanzlerin meinte, als sie davon sprach, ihre Entscheidungen seien alternativlos gewesen. Aber ganz so alternativlos, wie sie tat, waren die jeweiligen Entscheidungen jedoch nicht“ (Textquelle: Sinn 2014, Seite 74) (Lernmaterial elf).

Nach Auffassung von Hans-Werner Sinn geht es bei der vorgeblichen Alternativlosigkeit des Umgangs der Politik mit der Finanzkrise im Grunde um Verteilungsfragen. Wer kommt für die Krise auf? „Trifft es amerikanische Pensionsfonds, französische Banken, britische Hedgefonds, deutsche Lebensversicherer oder trifft es die Steuerzahler und Rentner der noch gesunden Länder Europas? [hier Text gekürzt] Die internationalen Finanzanleger sind sehr viel besser organisiert, und sie verstehen die Entscheidungen der Politik auch besser als die normalen, steuerzahlenden Bürger“ (Textquelle: ebenda, Seite 116 bis 117). Die Finanzakteure könnten die Politik und die Öffentlichkeit mit der Warnung unter Druck setzen: „Wenn wir untergehen, geht ihr mit uns unter‘ [hier Text gekürzt] So kommt es, dass die Politik die Rettung der Anleger als alternativlos bezeichnet und die Interessen der steuerzahlenden Bürger systematisch vernachlässigt“ (Textquelle: ebenda, Seite 117).

Das scheinbar alternativlose Agieren in der Finanzkrise stellt allerdings, so Hans-Werner Sinn, eine schwere Hypothek für die kommenden Generationen dar. Die gegenwärtige Politik agiere aus opportunistischen Gründen im vorgeblichen Interesse der heutigen Wählerinnen und Wähler und bürde die ungeheuren Lasten resp. Kosten der Finanzkrise den noch nicht Stimmberechtigten auf: „Das alles geht zulasten künftiger Generationen. Die Politiker tun das unseren Kindern an, weil unsere Kinder noch nicht wählen können. Wie schön, dass es eine Gruppe von Bürgern gibt, die man nach Belieben belasten kann, ohne dass man um ihre Stimmen bei der nächsten Bundestagswahl fürchten muss. Die Demokratie erlaubt die systematische Ausbeutung zukünftiger Generationen durch die jetzigen Wähler. Wollte man die Verzerrung vermeiden, müsste man zumindest dafür sorgen, dass Eltern für ihre noch unmündigen Kinder Stimmrechte erhalten. Dann gäbe es ganz andere Mehrheiten und die Politiker würden die Lasten ihrer Politik nicht mehr so bedenkenlos den zukünftigen Generationen zuschieben, wie sie es heute tun. Ich befürchte, dass unsere Kinder uns einmal verdammen werden, wenn sie mit den Konsequenzen der heutigen Rettungspolitik konfrontiert sind. Sie werden fragen: ‚Wie konntet ihr das geschehen lassen? Habt ihr nicht gewusst, was passiert ist, hat euch niemand informiert? Wie konntet ihr glauben, dass das funktionieren kann?‘“ (Textquelle: ebenda, Seite 119) (Lernmaterial elf).



Kapitel eins sechs: Konsequenzen der Finanzkrise

Im Himbeerreich werden im Folgenden die Ursachen für die Staatsschuldenkrise in Griechenland, die Umstände des Beitritts Griechenlands zur Eurozone sowie die Folgen der Finanzkrise für die Bevölkerung angesprochen. Dabei ähnelt die Lastenverteilung der Krisenfolgen der von Sinn für Deutschland beschriebenen Situation. Kastein stellt zur Entstehung der griechischen Staatsschuldenkrise fest: „Die Griechen, die diese Schulden jetzt bezahlen müssen, haben die Schulden auch nicht gemacht. Das haben die Familien Papandreou, Karamanlis und wie sie alle heißen, gemacht. Die haben den meisten Teil der Knete eingesackt und ins Ausland verschoben. Wo sind die Steuern und wo ist das Geld eigentlich hin? Wo sind die 400 Milliarden? Und wer hat ihnen dabei geholfen? Da kommt man doch auf die Schweiz, da kommt man doch auf Zypern, und da kommt man auf Deutschland. ... Da geht's nicht nur um Schwarzgeldkonten“ (Textquelle: Veiel 2013, Seite 527).

Die ökonomischen und sozialen Folgen der Finanzkrise für die griechische Bevölkerung können die Schülerinnen und Schüler im Textauszug von Gerald Pilz kennenlernen. Darin wird auch die „Verbitterung und Verzweiflung“ vieler Griechen angesichts der Krise thematisiert: „In den Straßen Athens ist es ruhiger geworden, da viele sich ihr Auto nicht mehr leisten können. Die milliardenschweren Rettungspakete kommen nicht bei der verarmten Bevölkerung an, sondern dienen in erster Linie dazu, die Forderungen der Banken und der anderen Gläubiger zu befriedigen. Bei den Menschen wachsen Verbitterung und Verzweiflung über die Kältherzigkeit und Ignoranz in Europa“ (Textquelle: Pilz 2013, Seite 68) (Lernmaterial zwölf).

Darüber hinaus weist Kastein darauf hin, dass der Beitritt Griechenlands mit Hilfe geschöner Zahlen bezüglich der Höhe der griechischen Staatsschulden erfolgt ist, wobei die Investmentbank Goldman Sachs zu Diensten war und sich diese Dienste großzügig honorieren ließ. Zugleich wird hier die Thematik der No-Bail-Out-Klausel des Artikels 125 im Vertrag von Lissabon angesprochen. Die Klausel sieht vor, dass weder die Europäische Union noch einzelne Mitgliedstaaten für die Verbindlichkeiten eines anderen Mitgliedstaates haften und nicht für diese Verbindlichkeiten eintreten müssen. Kastein stellt fest: „Goldman Sachs hat geholfen, zwei Prozent der griechischen Staatsschulden zu verstecken, und hat selbst dafür 500 Millionen kassiert. Ein dicker Vertrag, zehn Unterschriften, ein Team arbeitet daran zwei Wochen. So kamen die Griechen in den Genuss, dem Euro beizutreten. Beihilfe ist Betrug. Die Politik hat es so gewollt, entsprechende Gesetzesänderungen gab's ja: Griechenland ist Europa, und Europa ist der Euro. Damals hieß es, kein Land haftet für die Schulden eines anderen. So steht es im EU-Vertrag. Interessiert heute keinen mehr, Verfassungsbruch hin oder her, wir machen's ja freiwillig. Wer entscheidet und führt das alles aus: der Präsident der Europäischen Zentralbank. Ist der demokratisch gewählt? Nein. Woher kommt der? Von Goldman Sachs. Wer hat das Risiko: die Zentralbank, und wenn die nicht mehr Geld drucken kann – wir alle. Risiken verschwinden ja nicht, sie nehmen nur andere Formen an. Eine gigantische Umverteilungsmaschine“ (Textquelle: Veiel 2013, Seite 527).

Dabei sind der Investmentbank rein juristisch keine Vergehen nachzuweisen. Allerdings kann die politisch-moralische Beurteilung des Agierens von Goldman Sachs durchaus kritisch ausfallen. So kommentierte etwa Ibrahim Warde, außerordentlicher Professor für internationale Wirtschaft an der Tufts University, die Handlungen der Investmentbank in Griechenland im Vorfeld von der dortigen Einführung des Euro wie folgt: „Was unmoralisch sein mag, ist keineswegs zwangsläufig illegal“ (Textquelle: Warde 2012, Seite 53).

Die Zusammenarbeit der griechischen Regierung mit der Investmentbank Goldman Sachs zur Kaschierung des zu hohen griechischen Staatsdefizits für den Beitritt zum Euro können die Schülerinnen und Schüler anhand des Textauszugs aus den Deutschen Wirtschafts Nachrichten erarbeiten. Zur Zusammenarbeit zwischen griechischer Regierung und Goldman Sachs heißt es: „Im Jahr 2001 befand sich Griechenland in der misslichen Lage, ein für den Euro-Beitritt zu hohes Defizit aufzuweisen. Daher beauftragte die griechische Regierung die Investmentbank Goldman Sachs, das Problem zu lösen. Goldman bot den Griechen eine 2,8[-]Milliarden[-]Euro-Finanzierung an. Diese würde es der griechischen Regierung ermöglichen, die Maastricht-Kriterien der Europäischen Union zu erfüllen: Weil die Schulden aus dem Haushalt herausgerechnet werden konnten, würde Griechenland als hoffnungsvolles neues Euro-Mitglied begrüßt werden. So kam es denn auch“ (Textquelle: Anonymus 2014, Seite 2) (Lernmaterial 13).

Darüber hinaus werden die Schülerinnen und Schüler im Textauszug aus den Deutschen Wirtschafts Nachrichten mit der Person Mario Draghi bekannt, der vor seiner Tätigkeit bei der Europäischen Zentralbank, der er seit November 2011 als Präsident vorsteht, unter anderem als Vizepräsident bei Goldman Sachs gearbeitet hat. Die Karriere Draghis – vom Spitzenbanker in der Privatwirtschaft zum Inhaber einer

hochrangigen politischen Position im Kontext des Finanzwesens – kann nachgerade als beispielhaft für die Politik von Goldman Sachs gelten: Die Investmentbank ist durchaus daran interessiert, dass ihr Personal im Karriereverlauf auch politische Ämter übernimmt, um hieraus wiederum Gewinne zu erzielen: „Dass die Bank die Fähigkeit hat, sich mit den politischen Machthabern zu arrangieren – oder sie auszutricksen –[,] ist kaum erstaunlich. Schon seit den frühen 1990er-Jahren hat jeder Topmanager von Goldman Sachs einen hochrangigen politischen Posten als logische Krönung seiner Karriere vor Augen. Diese inzestuöse Verflechtung mit der politischen Sphäre erklärt, warum die Bank regelmäßig in die großen Manöver und Strategien im Finanzsektor involviert ist“ (Textquelle: Warde 2012, Seite 51) (Lernmaterial 14).

Schließlich stellt Kastein angesichts der von ihm beschriebenen ökonomischen Belastungen der europäischen Bevölkerungen die Frage, weshalb die Bürgerinnen und Bürger den „Verfassungsbruch“ des Lissabonner Vertrages und die „gigantische Umverteilungsmaschine“ so klaglos hinnähmen: „Wen trifft es? Die, die keine Häuser haben, keine Goldbarren im Safe, den kleinen Sparer, der sein Vermögen verliert. Wozu führt das? Gigantische Rezession. Wer gewinnt daran? Die, die heute schon auf den Zusammenbruch des gesamten Systems Hunderte von Milliarden wetten. Warum wird da niemand wütend? Warum werden die Zelte abgebaut und in den Museen aufgestellt? – Die eigentlichen Fragen werden nicht gestellt“ (Textquelle: Veiel 2013, Seite 527 bis 528).

Kastein macht hier auf einen Umstand aufmerksam, der zuvor bereits von Modersohn angesprochen wurde. Nach Modersohns Auffassung werden Meldungen über Entwicklungen der Finanzkrise, die weniger positiv sind, von den Medien wenig thematisiert und von den Bürgerinnen und Bürger schlicht nicht wahrgenommen: „Die Politik hat Risikopositionen im dreistelligen Milliardenbereich, wenn man so will, verstaatlicht. Die haben das eingelagert in eine Art Bad Bank und haben es ‚FMS Wertmanagement‘ genannt, klingt so, als ob da noch mal Werte rauszuholen wären. Da ist fast alles tot da drin, Schrott. Die Bad Bank ist staatlich, über den Bankenrettungsfonds muss ständig neues Geld nachgeschossen werden, 2012 waren’s zehn Milliarden. Wenn ein Flughafen 200 Millionen teurer wird, regen sich alle auf, hier sind’s zehn Milliarden, das ist dann mal so ‘ne kleine Meldung im Wirtschaftsteil, gut platziert im Sommerloch, wenn alle Fußball gucken und niemand irgendwas begreift, bis 2020 sollen 40 Milliarden dazukommen, das taucht ja dann auch irgendwann mal im Bundeshaushalt auf, als gigantisches Milliardengrab, zusammen 50 Milliarden, das ist ein Sechstel des gesamten Haushalts. Ist ja auch Geld! Die Politik wollte doch die Fusion! Um jeden Preis! Wir haben doch nur ausgeführt, was die wollten“ (Textquelle: ebenda, Seite 522 bis 523).

Im letzten Akt des Stückes, „Der große Regen“, kommt es allerdings doch zum Aufbegehren und zu Demonstrationen von Bürgerinnen und Bürgern gegen die Folgen der Finanzkrise. Der Chauffeur Hinz beschreibt die Situation eingangs wie folgt: „Bunker sind spektakuläre architektonische Gebilde. Mit Hilfe moderner Bautechnik wird für einige wenige daraus ein Domizil von einer klaren Schönheit. – Es ist nur eine Frage der Zeit. Draußen sind die Firmenschilder abmontiert, es sollen Demonstrationen im Gange sein, ich kann Ihnen viele Adressen nennen, da haben die ihre Firmenschilder abmontiert, die haben sich anonymisiert. Wir sind die Einzigen im Gebäude, die anderen Abteilungen sind ausgelagert, in die Notarbeitsplätze außerhalb der Stadt, das zeigt ja, dass dann doch ein Bedrohungspotential tatsächlich von der Straße ausgeht, die Innenstadt verwaist, der Einzelhandel hat deutliche Umsatzeinbußen zu verbuchen – die man dann ein ganzes Jahr nicht mehr aufholen wird können – der Eingriff ist schon fundamental, auch das Aufgebot von Polizei hier, das ist enorm. Unser Turm ist auch mit entsprechenden Barrieren abgesperrt. Was zumindest eine mögliche Erstürmung schon deutlich erschwert ... REDE Nach derzeitigen Erkenntnissen kann es zu Unruhen kommen, ein Ende ist nicht absehbar“ (Textquelle: ebenda, Seite 539).

Angesichts dieser bedrohlichen Lage kommen die Banker in möglichst unauffälliger Kleidung – „ganz normal in Zivil und in Jeans“, „Sportjacke und keine Aktentasche“ – zu ihrem Arbeitsplatz. Der Distinktionsverlust, der mit dem Anlegen von Freizeitkleidung für die Vertreter des Finanzsektors verbunden ist, wird wie folgt beschrieben: „Man legt ja ein Stück Seriosität damit auch ab. Der Anzug steht ja für das Besondere, es ist ‘ne Seriosität, es hat formale Strenge, man vermittelt – so ist ja die Tradition – damit ja auch eine Glaubwürdigkeit. Man grenzt sich damit ja auch ab – und dass diese Abgrenzung aufgegeben wird ... Dass wir uns dem Pöbel auf der Straße anpassen, dass wir uns maskieren müssen ...“ (Textquelle: ebenda, Seite 539 bis 540).

Gleichwohl ist die Bank im Himbeerreich gegen politische und soziale Verwerfungen und Katastrophen durch umfangreiche Vorkehrungen gewappnet, die es ihr – wie dem Finanzsektor insgesamt – erlauben, auch in Krisenlagen funktionsfähig zu bleiben: „Notfallarbeitsplätze sind immer eingerichtet, für die vom Vorstand und

alle in wichtigen Funktionen, für welche Katastrophen auch immer, es gibt hier immer die Möglichkeit eines atomaren Erstschlages, auch dann wird weitergetradet, in den größten Katastrophen werden die größten Gewinne eingefahren, ist alles eingerichtet für entsprechende Mitarbeiter, in bunkerähnlichen Unterbringungen, diese Notarbeitsplätze stehen immer zur Verfügung, die technischen Voraussetzungen sind gegeben, kann man sofort alles hochfahren, die alten roten Tastentelefone sind ersetzt, alles voll verkabelt, voll vernetzt, die PIN- und CODE-Zugänge sind identisch, man kann die Funktionsfähigkeit garantieren, letztendlich ein Fluchtpunkt, die latente Gefahr liegt eben in der Luft, ja, und die Trainingsjacken, das ist Mitarbeiterfürsorge, ich gehe davon aus, dass es schon die Fürsorgepflicht ist. Turnanzüge für alle hier, bitteschön, es kommt ja wahrscheinlich zu keinerlei Vorfällen; es ist ja wieder der Sturm im Wasserglas, man hat bislang nur die Sicherheitskräfte wahrgenommen, aber große feindselige und gewalttätige Proteste schon gar nicht“ (Textquelle: ebenda, Seite 540).

In der Realität ist es in Deutschland – im Unterschied zu anderen europäischen Staaten – nicht zu größeren Protesten oder gar sozialen Verwerfungen im Kontext der Finanzkrise gekommen. In diesem Zusammenhang können sich die Schülerinnen und Schüler mit der Occupy-Bewegung, ihrer Genese und Folgen, auseinandersetzen. So legen Oliver Nachtwey und Fabienne Décieux dar: „Die Occupy-Bewegung war eine der aufsehenerregendsten Protestbewegungen der letzten Jahre. Nicht auf Grund ihrer Größe oder wegen ihres politischen Programms, denn häufig hatten sie explizit keines.

Occupy war das Sinnbild des Protestes in der ‚Krise des demokratischen Kapitalismus‘ (Textquelle: Streck 2013). Es wurde symbolisch für die Rückeroberung des demokratischen Gemeinwesens protestiert, welches von den Finanzmärkten dominiert erschien. Man wollte es wiederaneignen, wiederbesetzen, mit anderen Worten: okkupieren. Das Signum für Occupy waren die ‚99%‘. Die bewusste Übersteigerung einer politischen Diagnose und einer soziologischen Vermutung. Occupy sah sich trotz der internen Heterogenität als ‚Bewegung der 99%‘, sie wollten symbolisch jene repräsentieren, die von der ökonomischen und politischen Macht zunehmend ausgeschlossen sind“ (Textquelle: Nachtwey und Décieux 2013) (Lernmaterial fünfzehn).



Im Himbeerreich bleibt der Schluss gleichfalls offen. Die im bankeigenen Bunker Verbarrikadierten lassen ihre Gedanken um die Möglichkeit grundsätzlicher politisch-ökonomischer Veränderungen kreisen. Sie kommen dabei unter anderem auf Heraklits Diktum vom Krieg als Vater aller Dinge zu sprechen. Die Schülerinnen und Schüler können diese Textpassage als Grundlage für ihre Abschlussdiskussion der Thematik nutzen:

„VON HIRSCHSTEIN

Sie erinnern sich, dass Herodes bei der Geburt des Jesus 20.000 Säuglinge ermorden ließ, weil er hoffte, Jesus dabei zu eliminieren? Was ist das für ein Gott, der seinen Sohn schickt und dabei zulässt, dass 20.000 Säuglinge umgebracht werden? Diese römischen Geschichtsschreiber, bei denen nichts, aber auch gar nichts weggelassen wurde, alles ist aufgeschrieben. Es gibt keine Stelle in der Geschichtsschreibung, wo das angedeutet ist, 20.000 ermordete Säuglinge. Gibt es nicht, hat nie stattgefunden. Warum steht das dann in der Bibel? Wenn ein Umbruch kommt, ist das mit Schmerz verbunden. Ein Fortschritt kommt nur aus einer Katastrophe heraus. Die Französische Revolution, auch die Geburt eines Menschen ist bei einer Frau mit Schmerz verbunden. Also immer wenn eine grundsätzlich neue Sache eintritt, da ist Krieg mit dabei ...“

„ANSBERGER

Die Krisen nach dem Zweiten Weltkrieg, nach dem Ersten Weltkrieg und nach den napoleonischen Befreiungskriegen – da haben wir Universitäten formiert. Wir haben Strukturen verändert, administrative, militärische und ökonomische Strukturen. – Der Krieg ist der Vater aller Dinge. Und da das heute nicht mehr geht, gibt es Ersatzkriege.

FRAU MANZINGER

Der Gini[-]Koeffizient zeigt seit Jahrzehnten, dass das Auseinanderdriften in der ganzen westlichen Welt von Arm und Reich ansteigt, unabhängig davon, ob Sozialisten oder Konservative oder Liberale regieren. Es reicht nicht zu sagen, das ist alarmierend, da müsste man was tun. Ich habe festgestellt, dass das niemand ernst nimmt. Die fühlen sich, ich will keine Namen nennen, die fühlen sich nicht betroffen“

(Textquelle: Veiel 2013, Seite 540 bis 541).

Ergänzend können sich die Schülerinnen und Schüler mit der Textpassage von Hartmut Rosa beschäftigen. Der Soziologe macht sich grundsätzliche Gedanken über das kapitalistische Wirtschaftssystem, der Gefahr des durch diese Wirtschaftsweise bedingten entfremdeten Lebens und die Idee eines gelingenden Lebens: „Das ist im Kapitalismus nicht anders als beim Mensch-ärgere-dich-nicht: Man hat Angst, aus dem Rennen geworfen zu werden, zurückzufallen, man hofft, sich an die Spitze setzen oder wenigstens ein paar Plätze aufrücken zu können, seine Schäfchen ins Trockene zu bringen. Diese simple Spiellogik kann unglaubliche Leidenschaften entfachen, die erst dann verschwinden und sich relativieren, wenn man dem Spielbrett den Rücken kehrt. [hier Text gekürzt] Es ist kein harmloses Spiel, das hier gespielt wird, sondern eins auf Leben und Tod. Aber es gibt zwei Probleme mit ihm: Erstens, die Spielregeln sind ungerecht, die Gewinnchancen ungleich verteilt. Das ist das Problem der Gerechtigkeit, ein gewaltiges Problem für alle, die dem Feld hinterherlaufen müssen. Zweitens, es ist ein idiotisches Spiel, weil es keinerlei erkennbares Ende hat. Das ist das Problem der Entfremdung: Auch solche, die schon 20, 40 oder 400 Männchen im Ziel haben, werden weiter von den gleichbleibenden Angst- und Begehrensmustern angetrieben. Sie spielen, auch wenn es sie selber ruiniert, sie spielen, auch wenn es ihre Familien zerstört, ihre Kinder in den Selbstmord oder Burnout treibt, die sozialen Bande untergräbt, die ökologischen Grundlagen unseres Lebens vernichtet. [hier Text gekürzt] Kein Mensch braucht das 400-Fache seines Nachbarn. Wenn sich Angst und Begehren vom Spielbrett lösen und wieder den Grundfragen des Lebens zuwenden, werden wir auch neue Verteilungsregeln finden“ (Textquelle: Rosa 2012, Seite 99) (Lernmaterial 16).

Auch Rosas Überlegungen bleiben – wie die Schlusspassage des Himbeerreichs – ohne endgültige Ergebnisse. Eine Auseinandersetzung damit im politisch-ökonomischen Unterricht lohnt indessen allemal.

Kapitel zwei: Literaturverzeichnis

Aischylos (1999): Die Orestie. Stuttgart.

Anonymus (2014): Die große Manipulation: Wie Goldman Griechenland in den Euro holte, Deutsche Wirtschafts Nachrichten vom 10.04.2014. Online verfügbar unter <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/04/10/die-grosse-manipulation-wie-goldman-griechenland-in-den-euro-holte/> [letzter Zugriff: 08.06.2014].

Arendt, Hannah (2001): Vita activa oder Vom tätigen Leben. München/Zürich.

Aristoteles (1994): Poetik. Stuttgart.

Barton, Brian (1987): Das Dokumentartheater. Stuttgart.

Becker, Peter (2012): Banker im Bunker, Der Tagesspiegel vom 29.12.2012, S. 3.

Beppler-Spahl, Sabine (2012). Eurokrise: Angela Merkel – Technokratin, keine Tyrannin. Novo vom 09.03.2012. Online verfügbar unter www.novo-argumente.com/artikel/angela_merkel_technokratin_keine_tyrannin [letzter Zugriff: 22.11.2016]

Bierl, Anton (2007): Zwischen dem Selbst und dem Anderen. Aischylos' „Perser“ und das Politische in der antiken Tragödie, in: Erika Fischer-Lichte/ Matthias Dreyer (Hrsg.), Antike Tragödie heute. Vorträge und Materialien zum Antiken-Projekt des Deutschen Theaters. Berlin, S. 49–64.

Carlson, Marvin (1996): Theatre and Dialogism, in: Janelle G. Reinelt/Joseph R. Roach (Hrsg.), Critical Theory and Performance. Ann Arbor, S. 312–323.

Englhart, Andreas (2013): Das Theater der Gegenwart. München.

Ganßmann, Heiner (2012): Mehr ist mehr. Die Krise, das Geld und wir, Edition Le Monde diplomatique, Nr. 12, S. 16–17.

Hartmann, Michael (2014): Deutsche Eliten: Die wahre Parallelgesellschaft?, Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 15, S. 3–8.

Kant, Immanuel (1977): Kritik der reinen Vernunft. 1. Werkausgabe, Bd. III, hrsg. von Wilhelm Weischedel. Frankfurt am Main.

Lehmann, Hans-Thies (2012): Das Politische Schreiben. Essays zu Theater texts. Berlin.

Meier, Christian (1988): Die politische Kunst der griechischen Tragödie. München.

Merkel, Angela (2010a): Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zu den Maßnahmen zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion und zum bevorstehenden Sondergipfel der Euro-Länder am 7. Mai 2010 in Brüssel vor dem Deutschen Bundestag am 5. Mai 2010 in Berlin. Berlin.

Merkel, Angela (2010b): Laudatio der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Angela Merkel. Verleihung des Karlspreises. Aachen, 13.04.2010. Online verfügbar unter www.karlspreis.de/preistraeger/2010/laudatio_der_bundeskanzlerin.html [letzter Zugriff: 18.06.2014].

Merkel, Angela (2011): Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel am 26. Oktober 2011 in Brüssel vor dem Deutschen Bundestag am 26. Oktober 2011 in Berlin. Berlin.

Nachtwey, Oliver/Décieux, Fabienne (2013): Wer sind die 99%? Zum Profil der Occupy-Bewegung. Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, Nr. 23/2013, September/Oktober 2013. Online verfügbar unter www.gegenblende.de/search/++co++9aea3d58-34e9-11e3-91f0-52540066f352 [letzter Zugriff: 20.06.2014].

Pilz, Gerald (2013): Europa im Würgegriff. Konstanz/München.

Rosa, Hartmut (2012): Spielabbruch. Warum es sich nicht lohnt, für gerechtere Regeln im kapitalistischen Spiel zu kämpfen, Edition Le Monde diplomatique, Nr. 12, S. 98–99.

Schäuble, Wolfgang (2010): Ohne Maß ist die Freiheit der Ruin, in: Frank Schirrmacher/Thomas Strobl (Hrsg.),

Die Zukunft des Kapitalismus. Berlin, S. 134–143.

Schirrmacher, Frank: Ego. Das Spiel des Lebens. © 2013 Karl Blessing Verlag, München, in der Verlagsgruppe Random House GmbH.

Sinn, Hans-Werner (2014): Gefangen im Euro. München.

Sorge, Petra (2011): „Europa hängt nicht am Euro“, Cicero. Magazin für politische Kultur vom 29.11.2011. Online verfügbar unter www.cicero.de/kapital/europa-haengt-nicht-am-euro/46671 [letzter Zugriff: 18.06.2014].

Spitzer, Manfred (2002): Lernen, Gehirnforschung und die Schule des Lebens. Heidelberg/Berlin.

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit – Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin.

Veiel, Andres (2013): Das Himbeerreich, in: Uwe B. Carstensen/Stefanie von Lieven (Hrsg.), Theater, Theater: Anthologie. Aktuelle Stücke 24. Frankfurt am Main., S. 503–542.

auch:

Veiel, Andres, Das Himbeerreich © S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2013

Wahren, Heinz-Kurt (2011): Gier. Der menschliche Faktor der Finanzkrise. München.

Warde, Ibrahim (2012): Goldman Sachs gewinnt immer. Wie ein Bankhaus Politik macht, Edition Le Monde diplomatique, Nr. 12, S. 51–53.

Weiss, Peter: Notizen zum dokumentarischen Theater, in: ders., Rapporte 2. © Suhrkamp Verlag Berlin 1971. Alle Rechte vorbehalten durch Suhrkamp Verlag Berlin.

Kapitel drei: Lernmaterialien

Die hier angeführten Materialien sind verbunden mit Auszügen aus Andres Veiels Das Himbeerreich (Veiel 2013). Die unterrichtliche Auseinandersetzung mit den Materialien sollte unter Bezugnahme zu den jeweils angegebenen Textpassagen aus dem Himbeerreich erfolgen. Entsprechend wurden auch die Aufgaben zu den Materialien konzipiert.

Auf einer separaten DVD (nur mit der Druckausgabe erhältlich) finden Sie den gesamten Text von Andres Veiels „Das Himbeerreich“ als PDF-Version des Taschenbuchs.

Kapitel drei, Lernmaterial eins: Deutsche Eliten: Die wahre Parallelgesellschaft?

Der Umfang dieser Parallelgesellschaft hängt demnach davon ab, wie sich die Eliten in ihrer Gesamtheit sozial rekrutieren, ob sie mehrheitlich aus sozialen Aufsteigern bestehen, die in ihren Einstellungen zu sozialen Fragen, vor allem wenn es sich um Arbeiterkinder handelt, der breiten Bevölkerung noch relativ ähnlich sind, oder aus Bürger- und Großbürgerkindern. Die Antwort auf diese Frage ist eindeutig. Die Mitglieder der deutschen Eliten kommen mit Mehrheit von fast zwei Dritteln aus bürgerlichen oder großbürgerlichen Familien. Die größte Gruppe mit fast 40 Prozent stammt aus dem Bürgertum, ein weiteres knappes Viertel aus dem Großbürgertum. Der Nachwuchs der oberen fünf Promille der Gesellschaft ist damit genauso stark repräsentiert wie der aus Mittelschichtfamilien, obwohl diese in der Vätergeneration einen mehr als 70-mal so großen Anteil an der Bevölkerung ausmachten. Am schlechtesten vertreten sind Arbeiterkinder. Sie, deren Väter noch die Hälfte der Erwerbstätigen stellten, besetzen nicht einmal jede achte Eliteposition. Von einer halbwegs repräsentativen Rekrutierung der verschiedenen Bevölkerungsteile kann also keine Rede sein.

Allerdings gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Sektoren. Am exklusivsten präsentiert sich die Wirtschaftselite. Nicht einmal jeder Vierte ist ein sozialer Aufsteiger. Arbeiterkinder bekleiden sogar weniger als sechs Prozent der Spitzenpositionen. Lässt man die öffentlichen Unternehmen, die knapp ein Fünftel der Elitepositionen ausmachen, außen vor, wird das Bild noch homogener. Während in den öffentlichen Unternehmen aufgrund politischer Einflüsse nur 46 Prozent der Spitzenpositionen von Bürger- oder Großbürgerkindern besetzt werden, sind es in den großen Privatunternehmen über 83 Prozent. An ihrer großen Dominanz hat sich hier seit Jahrzehnten nichts geändert.

Textquelle: Michael Hartmann, Deutsche Eliten: Die wahre Parallelgesellschaft?, Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 15, 2014, Seite 6 bis 7

Arbeitsvorschläge

1. Skizzieren Sie die Auffassung von Frau Manzinger im Hinblick auf die Einstellung von Mitarbeitern in der Finanzbranche (Textquelle: Veiel 2013, Seite 506).
2. Legen Sie dar, auf welche Weise die Rekrutierung der wirtschaftlichen Eliten in Deutschland tatsächlich erfolgt.
3. Diskutieren Sie die Eliten-Rekrutierung in Deutschland vor dem Hintergrund der Finanzkrise.

Kapitel drei, Lernmaterial zwei: Über die Wirkung von Boni

Verstärkt und zur Gier entwickelt werden kann ein stark gewinnorientiertes Verhalten – gleich ob man es nun als Trieb, Motiv oder Sucht sieht – durch entsprechende Anreize. Diese können zum einen nicht-monetärer Art sein (so erzeugt der geschäftliche Erfolg, der in weiten Kreisen unserer Gesellschaft eine hohe gesellschaftliche Anerkennung genießt, vielfach auch die ersehnte persönliche Aufmerksamkeit), zum anderen können Anreize durch die Bereitstellung finanzieller Mittel geschaffen werden (zum Beispiel in Form der viel diskutierten erfolgsabhängigen Bonusvergütungen). Auch wenn Geld, wie Motivations-Psychologen meinen, nicht motiviert, sondern lediglich Zufriedenheit, oder, wenn die Entlohnung als zu gering empfunden wird, Unzufriedenheit erzeugt [vergleiche Anmerkung eins am Textende] – die Gier stachelt es auf jeden Fall an.

Die einfache Regel, wonach ein Mehr an Belohnung zu einem Mehr an Leistung führt, ist – wie die Ergebnisse verschiedenster Untersuchungen zeigen – schlicht falsch. [Vergleiche Anmerkung zwei] Somit macht auch eine Argumentation, dass nur durch die Gewährung exzessiver Boni bei Mitarbeitern die notwendige Bereitschaft zur Erbringung von hohen Leistungen erzeugt wird, wenig Sinn – erst recht nicht bei Berücksichtigung der Fixgehaltregionen, in denen sich üblicherweise (Investment-)Banker und Händler bewegen. Der enorme Anstieg der Boni ist auch nicht auf entsprechende Leistungssteigerungen der handelnden Personen, sondern vor allem auf die geschickte, von den Betroffenen selbst angestoßene Mystifizierung ihrer Fähigkeiten zurückzuführen. [Vergleiche Anmerkung drei] Exzessive Vergütungen, dies dürfte eine zwischenzeitlich allgemeine Erkenntnis sein, haben im Finanzbereich vor allem einen Effekt: [S]ie verleiten ihre Empfänger zu einem exzessiv risikoreichen Verhalten – vor allem, wenn dies im Verlustfall für die handelnden Personen mit keinen Sanktionen verbunden ist. [Vergleiche Anmerkung vier] Boni haben deshalb auch keine im Prinzip systemwidrigen oder gar ungesetzlichen Verhaltensweisen provoziert, sondern „lediglich“ ein an und für sich erwünschtes Verhalten in eine extreme und dadurch zerstörerische Form gesteigert.

Textquelle: Heinz-Kurt Wahren, Gier – Der menschliche Faktor der Finanzkrise. München: Wilhelm Fink Verlag, 2011, Seite 86 bis 87



Anmerkungen

Anmerkung eins

So zum Beispiel Frederick Herzberg, der zur Arbeitsmotivation umfangreiche praxisnahe Forschungsprojekte durchgeführt hat. Herzberg unterscheidet in seiner „Zwei-Faktoren-Theorie“ (siehe hierzu den Beitrag in Wikipedia) zwischen Motivatoren und den Zufriedenheit beziehungsweise Unzufriedenheit erzeugenden Hygienefaktoren, wobei die Entlohnung zu letzteren zählt und damit, wie Herzberg sagt, kein Motivator ist.

Anmerkung zwei

Siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen Koslowski (2009: 197ff.), Kornwachs (2009), Mintzberg (2010), Mooslechner & Schürz (2010), Piper (2010), Roubini & Mihm (2010), Stiglitz (2010), sowie Bowles (2009 und 2010), der in „Machiavelli's Mistake“ auf die enge Verbindung zwischen materiellen Anreizen, Kultur und Moral hinweist. Machiavellis Fehler war, dass er glaubte[,] die Menschen seien schlecht und müssten zum

Guten motiviert werden. Was er nicht sah, war, dass Menschen aus verschiedensten Motiven bereit sind Gutes zu tun, hingegen aber negative Einstellungen entwickeln können, wenn man sie mit falschen Anreizen zum Guten bewegen möchte.

Anmerkung drei

So sagte der Chef der Credit Suisse First Boston, Alan Wheat, also jemand, der es eigentlich wissen muss, hinsichtlich der Qualifikation und Bezahlung der Investmentbanker (zitiert nach Partnoy, 2003: 83): „The truth of the matter is that all of us are overpaid. There is nothing magical about what we do. Anybody can do it“.

Anmerkung vier

Siehe hierzu auch die Ergebnisse einer von Bebchuk et al. (2009) durchgeführten Untersuchung über die Wirkungen von Boni bei Lehman Brothers und BearStearns. Die finanziellen Anreize hatten in diesen Institutionen vor allem den Effekt, dass die Vorstände übermäßige Risiken eingingen, was in der Folge zu enormen Verlusten und schlussendlich auch zu ihrem Niedergang führte.

Arbeitsvorschläge

1. Niki Modersohn macht sich Gedanken über das richtige Maß von Gehaltszulagen im Bereich der Finanzindustrie. Wie erklärt er sich das Verhalten der dort Beschäftigten (Textquelle: Veiel 2013, Seite 508)?
2. Kontrastieren Sie Modersohns Auffassungen mit der Meinung von Gottfried W. Kastein (Textquelle: Veiel 2013, Seite 508). Was sagt Kastein über das menschliche Vorstellungsvermögen im Hinblick auf Zahlen?
3. Beschreiben Sie den Zusammenhang von Boni-Zahlungen, Gier und Verhalten im Bereich der Finanzbranche nach Heinz-Kurt Wahren.

Kapitel drei, Lernmaterial drei: Ohne Maß ist die Freiheit der Ruin

Was die tieferen Ursachen sind, daran scheiden sich die Geister. Viele der Übertreibungen, die zur Krise geführt haben, sind nicht ohne die Gier vieler Marktteilnehmer zu erklären und auch nicht ohne die Gier der Anleger, die sich die Chance auf Traumrenditen nicht entgehen lassen wollten – von Investmentfonds über Kleinsparer bis zu klammen Kommunen.

Manche wollen nun die verständliche Empörung hierüber dazu nutzen, den Eigennutz als Antriebsfeder wirtschaftlichen Wachstums in freiheitlichen Wirtschaftssystemen insgesamt zu diskreditieren. Doch wie eine Wirtschaftsordnung ohne gesunden Eigennutz funktionieren soll, kann niemand erklären. Was wir erleben, ist kein Wettstreit der Systeme. Die eigentliche Frage lautet: Wie schaffen wir es, dass in einer Marktwirtschaft Freiheiten verantwortlich genutzt werden?

Seit Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Ludwig Erhard lautet unsere Antwort: mit einer [s]ozialen Marktwirtschaft, die innerhalb des Marktgeschehens Vorkehrungen für einen verantwortlichen Umgang mit Freiheit trifft und darüber hinaus korrigierende Elemente außerhalb des Marktgeschehens vorsieht. Beide Elemente haben in der Bundesrepublik ganz wesentlich zur Herausbildung einer wirtschaftlich, sozial und politisch zur Mitte hin gerichteten, freiheitlichen und sozialen Gesellschaft geführt [hier Text gekürzt]

Die Entfesselung der Märkte hat auch dazu geführt, dass viele dachten, erst das Maximum sei genug. Wer vom rechten Maß, von Mitte und Balance sprach, galt bestenfalls als gestrig. Jetzt, wo die gewaltigen Risiken des Hinterherjagens nach Extremen – seien es Renditen, Steigerungsraten oder Lohnzuwächse – deutlich geworden sind, gibt es vielleicht die Chance auf einen neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Konsens. Voraussetzung dafür ist, dass neues Vertrauen entsteht. Hier sind besonders all jene gefordert, die in unserer Gesellschaft eine herausgehobene Position innehaben. Aufgabe beruflicher Eliten ist es immer auch, ein Berufsethos zu entwickeln, das ihr eigenes Handeln mit allen seinen Konsequenzen in Beziehung zur Gesellschaft setzt.

Vielleicht hat man bei der Deregulierung versäumt, den von diesem Freiheitsgewinn besonders profitierenden Eliten die Notwendigkeit eines Ethos zu verdeutlichen. Ohne Ethos gehen nicht nur verantwortlichem Handeln zugrunde liegende Prinzipien verloren, sondern auch der Eigenwert eines Berufsstandes in einer freiheitlichen Gesellschaft. Ohne verantwortliche Berufsstände gerät die Berufswelt zum Einerlei; die von ihnen erbrachten Dienstleistungen werden verwechselbar und beliebig ersetzbar.

Weil Diversifizierung Nachhaltigkeit sichert, sollten wir ordnungspolitisch nicht alles über einen Leisten schlagen. Markt und Wettbewerb sind die Voraussetzung für wirtschaftliche Effizienz. Eine Ordnung, die Vielfalt gewährleistet, stabilisiert diesen Rahmen. Deswegen sollten wir weder unter dem Stichwort ‚Deregulierung‘ jede berufsrechtliche Ordnung bei freien Berufen wie dem Handwerk abschaffen noch unter überzogenen Renditeerwartungen die Gliederung unseres Bankensystems grundsätzlich in Frage stellen.

Auch eine Rückbesinnung auf die Raison d’être des Finanzwesens ist im ureigensten Interesse der Finanzindustrie selbst. Nicht das Leitbild des Bankers, sondern des Bankiers sollte wieder Vorbild sein. Wenn wir die von Schumpeter umschriebenen Voraussetzungen unserer Ordnung schützen wollen, brauchen wir eine neue Kultur der Mäßigung und Verantwortung. Ohne Grenzen und ohne die freiwillige Einhaltung von Grenzen kommt keine freiheitliche Ordnung aus. Die wirksamste Vorkehrung gegen Schumpeters „Zersetzung“ der Voraussetzungen unserer Ordnung sind letztlich nicht Gesetze und Vorschriften, sondern Werte, die wir in Familie und Gesellschaft glaubhaft leben und vermitteln müssen. [hier Text gekürzt] Für mich als Christdemokraten sind es die Orientierung an Maß und Mitte, die Vermeidung von Übertreibungen und die Besinnung auf das bonum commune unserer Republik, den Einklang von Freiheit und Verantwortung.

Textquelle: Wolfgang Schäuble, Ohne Maß ist die Freiheit der Ruin, in: Frank Schirrmacher und Thomas Strobl (Hrsg.), Die Zukunft des Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp, 2010, Seite 135 und 141 bis 143



Kapitel drei, Lernmaterial vier: Mehr ist mehr. Die Krise, das Geld und wir.

Dass wir alle mehr Geld besser finden als weniger, wird, weil es kriselt, plötzlich als Gier denunziert. Vor allem als die Gier der anderen. Die Banker sind die Wölfe, und wir sind die Schafe, und die Gier der Banker hat uns alle in die Krise getrieben. Aber warum ließen sich so viele so willig von den Tricks der Finanzillusionisten blenden? Natürlich gibt es unter Bankern verantwortungslose Zocker, die mit dem Geld anderer Leute spielen, um das eigene Geld zu mehren. Aber das gilt auch für andere Branchen.

Das Grundproblem ist nicht die Gier der Banker. Das Problem ist, dass sich unser aller Wunsch nach mehr Geld nicht an die Vermehrung der Dinge, die man für Geld kaufen kann, anbinden lässt. Per Kredit bekommt man zwar mehr Geld, als man verdient, im Vorgriff auf eine Gegenleistung. Ob die Gegenleistung dann aber zustande kommt, steht vorab nicht fest. Alle hoffen und viele wetten darauf, indem sie mit geliehenem Geld Einkommensansprüche erwerben. (Wert-)Papiere. Doch eines Tages entdeckt jemand und bald sehen es sehr viele: Der Kaiser ist nackt. Den vielen Ansprüchen stehen keine Leistungen gegenüber.

Und schon haben wir die Krise. Die verbrieften, käuflichen Einkommensansprüche müssen an das tatsächliche Leistungsniveau angepasst werden. So war es schon bei der letzten Krise. Die Krise ist ein Systemproblem. Solange wir auf die Früchte und Segnungen des Geldwesens nicht verzichten wollen, müssen wir seine periodisch wiederkehrenden Krisen in Kauf nehmen.

Das sollte deutlicher ins allgemeine Bewusstsein dringen und nicht wieder verdrängt werden. Dann wäre eine exzessive Krise, wie die schon seit einem halben Jahrzehnt grassierende, wohl eher zu vermeiden. Jeder könnte sich einen einfachen Richtwert klarmachen, um solide Geschäfte und Einkommensversprechen von aufgeblasenen zu unterscheiden. Dieser Wert ergibt sich aus dem durchschnittlichen realen Wachstum des Volkseinkommens. Das wächst im Kapitalismus langfristig um etwa 2 Prozent pro Jahr. Darüber hinaus gehende Einkommensansprüche – wie Ackermanns berühmte 25 Prozent Eigenkapitalrendite für die Deutsche Bank – sind nur zu bedienen, wenn jemand anders verliert.

Das kann und muss in einem Konkurrenzsystem gelegentlich passieren: Survival of the fittest, schließlich hat der Markt die [d]arwinsche Evolutionstheorie inspiriert. Aber wenn der Finanzsektor solche Ansprüche durchsetzt und – ermutigt von der Politik – mit dem Rest der Ökonomie Schlitten fährt, knallt das Ganze irgendwann gegen die Wand.

Textquelle: Heiner Ganßmann, Mehr ist mehr. Die Krise, das Geld und wir, Edition Le Monde diplomatique, Nummer 12, 2012, Seite 16 bis 17

Arbeitsvorschläge

1. Legen Sie dar, wie Manzinger und Modersohn den Zusammenhang von persönlicher Gier und dem Erfolg des Finanzsystems verstehen (Textquelle: Veiel 2013, Seite 508).
2. Formulieren Sie die Position von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zu den Themen „Gier in der Finanzindustrie“, „Werte“ und „Prinzip der Verhältnismäßigkeit“ (Lernmaterial drei).
3. Stellen Sie Überlegungen zur These Wolfgang Schäubles an, wonach eine „Wirtschaftsordnung ohne gesunden Eigennutz“ nicht funktionieren könne (Lernmaterial drei).
4. Stellen Sie Wolfgang Schäubles These in Beziehung zur Auffassung von Frau Manzinger (Textquelle: Veiel 2013, Seite 528).
5. Skizzieren Sie den Zusammenhang von Gier und immer wiederkehrenden ökonomischen Krisen nach Heiner Ganßmann (Lernmaterial vier).
6. Diskutieren Sie abschließend über die Thematik von persönlicher Gier und dem marktwirtschaftlichen System.

Kapitel drei, Lernmaterial fünf: Ego. Das Spiel des Lebens

Zu den größten Alarmzeichen der Krise zählt, dass es im Zeitalter der neuen Rationalität keine rationalen Antworten mehr gibt. Schaut man genauer hin, stellt man fest, dass die Finanzkrise mit ihren astronomischen, jedes menschliche oder politische Fassungsvermögen überfordernden Zahlen uns zu Insassen des Rechners selbst macht, in dem wir nur noch staunend Ketten von Zahlen und Codes an uns vorbeirauschen sehen. So muss es sich im Inneren der Matrix anfühlen. Nach der Lehman-Krise waren zeitweise weder Banken noch deren Aufsichtsgremien in der Lage, Soll und Haben auseinanderzuhalten. „In der Falle sein“ ist eine der meistbenutzten Wendungen im Zusammenhang mit der Finanz- und Eurokrise, von der Liquiditäts- bis zur Verfassungskatastrophe.

Die politischen Akteure sitzen in der Falle. Dass das so war, sagten sie selbst, sagten Medien, Analysten, sah jeder, der die Nachrichten anschaltete.

Wie oft kann man „Falle“ sagen, ehe man merkt, dass es wirklich eine ist? Schon die Sprache, selbst die Körpersprache der Politiker erinnert seit der Finanzkrise an Eingespernte. „Fallensprache“ ist eine Sprache, die um hundert Ecken denkt, Fluchten vortäuscht, wo keine sind, und Routine, wo bereits die Panik herrscht. Die Politiker suchen in abgeschotteten Räumen nach „Auswegen“, sie drehen sich im Kreise, verwenden Satzformulierungen der Exklusion („Es gibt keine Alternative“), Passiv-Konstruktionen des Erleidens („Wir werden gezwungen“) und legen sich auf eine einzige Rationalität fest („Scheitert der Euro, scheitert Europa“), die zur Raison aller anderen Käfiginsassen wird.

Textquelle: Frank Schirrmacher, Ego. Das Spiel des Lebens. München: Karl Blessing, 2013, Seite 164 bis 165



Kapitel drei, Lernmaterial sechs: Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zu den Maßnahmen zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion und zum bevorstehenden Sondergipfel der Euro-Länder am 7. Mai 2010 in Brüssel vor dem Deutschen Bundestag am 5. Mai 2010 in Berlin

Herr Präsident!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine Damen und Herren!

Die Bundesregierung hat am Montag vor dem Hintergrund der durch Griechenland ausgelösten Krise ein Gesetz zur Stabilisierung der Währungsunion in Europa beschlossen. Die Grundlage für dieses Gesetz ist eine Ultima Ratio, also eine Notsituation. Die Notsituation besteht darin, dass Griechenland faktisch keinen Zugang zu den Finanzmärkten mehr hat. Daraus wären Auswirkungen auf die Stabilität des Euro insgesamt entstanden. Das Vorliegen dieser Notsituation wurde durch die Europäische Zentralbank, die Europäische Kommission und den Internationalen Währungsfonds festgestellt. Dieser Notsituation soll mit einem Programm von IWF, EU-Kommission und EZB begegnet werden.

Das Programm hat eine Laufzeit von drei Jahren, wie alle Programme des Internationalen Währungsfonds. Es hat einen Umfang von insgesamt 110 Milliarden Euro. Der Internationale Währungsfonds wird davon 30 Milliarden Euro übernehmen. Die Euro-Zone übernimmt 80 Milliarden Euro; der deutsche Anteil daran beträgt 28 Prozent, das bedeutet rund 22,4 Milliarden Euro in drei Jahren. Davon werden im ersten Jahr 8,4 Milliarden Euro anfallen, in den Jahren 2011 und 2012 zusammen insgesamt 14 Milliarden Euro. Das Programm ist so gestaltet, dass Kredite gegeben werden. In Deutschland geschieht das durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Für diese Kredite bürgt der Bund und damit in letzter Konsequenz der Steuerzahler, also wir alle.

Das sind die nackten Zahlen, Daten, Fakten des Ihnen heute in erster Lesung vorliegenden Gesetzentwurfes. Diese nackten Zahlen, Daten, Fakten vermögen nicht einmal im Ansatz deutlich zu machen, wozu wir heute hier zusammengekommen sind. Wir sind heute hier zusammengekommen, weil wir in erster Lesung über ein Gesetz entscheiden müssen, das eine enorme Tragweite hat. Es ist – das kann nicht klar genug formuliert werden – von enormer Tragweite für Deutschland und für Europa.

Die Überschrift dessen, was wir beraten – „Maßnahmen zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion“ –, bringt diese Tragweite unzureichend zum Ausdruck. Worum es tatsächlich geht, wenn wir in diesem Hause über Maßnahmen zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion beraten, müssen wir unmissverständlich beim Namen nennen: Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunft Europas und damit um die Zukunft Deutschlands in Europa.

Das erlegt uns allen, die wir im Deutschen Bundestag unser Volk vertreten, sei es in der Regierung, sei es in der Opposition, eine außerordentlich große Verantwortung auf. Selten gibt es solche Situationen.

Selten gibt es Situationen, in denen,

erstens, ohne historisches Vorbild,

zweitens, mit unmittelbarer Wirkung für den Augenblick und,

drittens, mit weitreichender Wirkung für die Zukunft unseres Landes und Europas entschieden werden muss.

Heute ist ein solcher Tag. Niemand kann uns, den gewählten Vertreterinnen und Vertretern unseres Volkes, diese Verantwortung abnehmen.

Noch klarer wird die uns auferlegte Verantwortung, wenn wir uns vor Augen führen: Europa schaut heute auf Deutschland. Ohne uns, gegen uns kann und wird es keine Entscheidung geben. Ohne uns, gegen uns kann und wird es keine Entscheidung geben, die ökonomisch tragfähig ist und den rechtlichen Anforderungen sowohl mit Blick auf europäisches Recht als auch mit Blick auf nationales Recht in vollem Umfang Genüge tut. In einem Wort: Mit uns, mit Deutschland, kann und wird es eine Entscheidung geben, die der politisch-historischen Dimension der Situation insgesamt Rechnung trägt. Ich bin fest überzeugt, dass Deutschland dieser Verantwortung gerecht wird.

[hier Text gekürzt]

Ebenen von Beginn an wieder und wieder deutlich gemacht, dass wir Hilfen an Griechenland nur in strikter Übereinstimmung mit dem europäischen Recht und dem deutschen Verfassungsrecht, das heißt, nur unter folgenden vier Voraussetzungen leisten werden und leisten können:

Erste Voraussetzung. Der Schlüssel zur Lösung der Krise liegt in Griechenland. Wir haben darauf bestanden, dass Griechenland sich zu einer umfassenden Eigenanstrengung verpflichtet. Eine Konsolidierung ohne maximale Selbsthilfe Griechenlands hätte im Widerspruch zu den bei uns durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und die europäischen Verträge abgesicherten Prinzipien der Stabilitätsgemeinschaft gestanden. So etwas war mit mir nicht zu machen. Das hat die Bundesregierung, ganz gleich, wie stark der Druck in Europa und Deutschland auch immer war, von Beginn an strikt abgelehnt.

[hier Text gekürzt]

Zweite Voraussetzung. Der Internationale Währungsfonds muss eingebunden werden. Wir haben darauf bestanden, auch wenn wir mit dieser Haltung in der Europäischen Union zu Beginn in der Minderheit waren. Es ist der Internationale Währungsfonds, der mit seinen Erfahrungen einen wertvollen – ich sage: unverzichtbaren – Beitrag zu einer erfolgreichen Umsetzung des griechischen Sanierungsprogramms leistet. Ohne Deutschland wäre es zu einer Einbeziehung des IWF nicht gekommen.

[hier Text gekürzt]

Dritte Voraussetzung. Griechenland ist nicht mehr in der Lage, sich selbst auf den internationalen Kapitalmärkten zu refinanzieren. Dies ist nicht allein ein Problem Griechenlands, sondern Ausgangspunkt unabsehbarer Folgen für den gesamten Euro-Raum.

Deshalb gilt als vierte Voraussetzung: Die zu beschließenden Hilfen für Griechenland sind alternativlos, um die Finanzstabilität des Euro-Gebietes zu sichern. Wir schützen also unsere Währung, wenn wir handeln.

Dazu haben die Europäische Zentralbank und die Europäische Kommission unmissverständlich dargelegt: Die sofortigen Hilfen sind das letzte Mittel zur Gewährleistung der Finanzstabilität im Euro-Gebiet insgesamt. Sie müssen erfolgen, damit es nicht zu einer Kettenreaktion im europäischen und internationalen Finanzsystem und zu einer Ansteckung anderer Euro-Mitglieder kommt. Nachdem gerade das Größte der Finanzkrise des Jahres 2008 überwunden ist und sich das Euro-Gebiet auf dem Weg der Erholung befindet, würden systemgefährdende Störungen der Finanzmärkte diese Erholung zunichtemachen. Eine erneute Finanzkrise würde zu spürbaren Wohlstandsverlusten und zu höherer Arbeitslosigkeit auch in Deutschland führen.

[hier Text gekürzt]

Deutschland, der stärksten Wirtschaftsnation Europas, kommt in dieser Lage eine besondere Verantwortung zu, und Deutschland nimmt diese Verantwortung wahr. Die glückliche Geschichte Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, die Entwicklung zu einem freien, einigen und starken Land ist von der parallel verlaufenen Geschichte der Europäischen Union nicht einmal in Gedanken zu trennen. Die europäische Einigung ihrerseits ist ohne die deutsche Beteiligung überhaupt nicht vorstellbar. Deutschland lebt in der Europäischen Union in einer Schicksalsgemeinschaft. Ihr verdanken wir Jahrzehnte des Friedens, des Wohlstands und des Einvernehmens mit unseren Nachbarn. Der Krieg, der – nicht zuletzt durch deutsche Schuld – immer wieder Europa verwüstet hat, verschont unseren Kontinent inzwischen so lange wie nie zuvor in der jüngeren Geschichte.

Wir Bürgerinnen und Bürger Europas sind zu unserem Glück vereint. Für diese Überzeugung hat noch jede deutsche Bundesregierung – von Konrad Adenauer bis heute – gearbeitet. Wir arbeiten für ein starkes Europa, das seine Rolle in der Welt geeint und entschieden wahrnimmt, das seine Werte und Interessen selbstbewusst verteidigt. Das war, ist und bleibt Deutschlands und Europas Zukunft.

Ich bitte Sie heute um Ihre Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf. Mit ihm schützen wir die Bürger unseres Landes, mit ihm treffen wir die notwendigen Entscheidungen für Deutschland, für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, und mit ihm leisten wir zusammen mit unseren Partnern in Europa unseren Beitrag für eine gute Zukunft Europas – denn es geht um die Zukunft Europas.

Textquelle: Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Doktor Angela Merkel zu den Maßnahmen zum Erhalt

der Stabilität der Währungsunion und zum bevorstehenden Sondergipfel der Euro-Länder am 7. Mai 2010 in Brüssel vor dem Deutschen Bundestag am 5. Mai 2010 in Berlin. Berlin. Bulletin 48-1, Hervorhebungen im Original. Internetquelle (letzter Zugriff 20.08.2014): www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2010/05/48-1-bk-bt.html



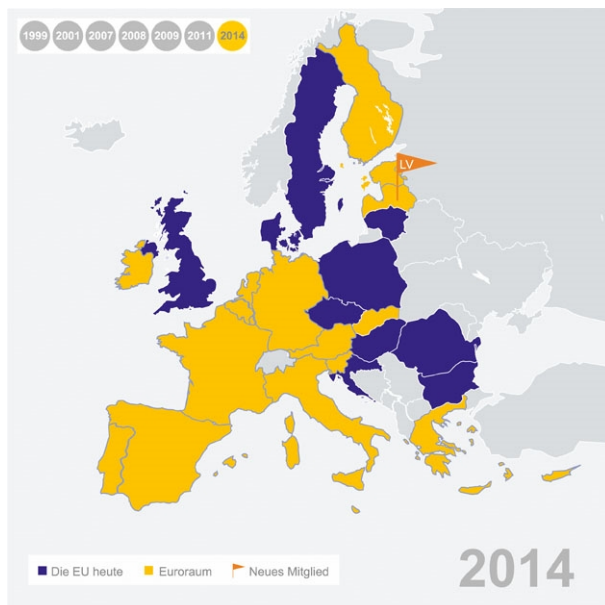
Kapitel drei, Lernmaterial sieben: Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel am 26. Oktober 2011 in Brüssel vor dem Deutschen Bundestag am 26. Oktober 2011 in Berlin

Ich bin überzeugt: Mit unserem umfassenden Ansatz, so wie ich ihn dargestellt habe, zur Bewältigung der akuten Krise einerseits und kluger Vorsorge für die Zukunft andererseits wird es uns gelingen, die Wirtschafts- und Währungsunion wieder zur Stabilitätsunion zu machen. Unseren Bürgerinnen und Bürgern sage ich: Es gilt: Was gut ist für Europa, das ist auch gut für Deutschland. Dafür steht ein halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Deutschland und in Europa.

Gestatten Sie mir angesichts der Lage – nicht nur der ökonomischen Lage wegen der Schuldenkrise, sondern auch der politischen Lage in einzelnen Staaten Europas – zum Schluss ein persönliches Wort. Niemand sollte glauben, dass ein weiteres halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Europa selbstverständlich ist. Es ist es nicht. Deshalb sage ich: Scheitert der Euro, dann scheitert Europa. Das darf nicht passieren.

Wir haben eine historische Verpflichtung, das Einigungswerk Europas, das unsere Vorfahren nach Jahrhunderten des Hasses und des Blutvergießens vor über 50 Jahren auf den Weg gebracht haben, mit allen uns zur Verfügung stehenden verantwortbaren Mitteln zu verteidigen und zu schützen. Die Folgen, wenn das nicht gelänge, kann niemand von uns absehen. Es darf nicht geschehen – das ist meine tiefe Überzeugung –, dass später einmal gesagt werden kann, dass die politische Generation, die im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts in Europa politische Verantwortung getragen hat, vor der Geschichte versagt hat.

Textquelle: Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Doktor Angela Merkel zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel am 26. Oktober 2011 in Brüssel vor dem Deutschen Bundestag am 26. Oktober 2011 in Berlin. Berlin. Bulletin 111-1. Internetquelle (letzter Zugriff 20.08.2014): www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2011/10/111-1-bk-bt.html



Kapitel drei, Lernmaterial acht: Laudatio der Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der Verleihung des Karlspreises 2010 an den polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk

Meine Damen und Herren, reden wir nicht darum herum: Die Krise um die Zukunft des Euro ist nicht irgendeine Krise. Sie ist die größte Bewährungsprobe, die Europa seit 1990, wenn nicht sogar in den 53 Jahren seit Verabschiedung der Römischen Verträge, zu bestehen hat. Diese Bewährungsprobe ist existenziell. Sie muss bestanden werden. Gelingt das nicht, dann sind die Folgen für Europa und darüber hinaus unabsehbar. Gelingt es aber, dann wird Europa stärker sein als zuvor.

Vergessen wir für einen Moment all die Rettungspakete, die wir in diesen Wochen beraten und verabschieden, vergessen wir für einen Moment all die Milliardensummen, die zurzeit die Diskussion beherrschen – 20, 40, 100, 400, 700 Milliarden. Vergessen wir Börsenkurse und Ratingagenturen. Vergessen wir für einen Moment die Diskussion um Auslöser und Ursache dieser Krise. Waren es die Griechen, von denen manche sagen, es sei doch immer klar gewesen, dass sie sich nicht an alle Regeln halten würden? Oder waren es die europäischen Institutionen, von denen andere sagen, dass doch nur Naive hätten erwarten können, dass sie tatsächlich genau hinsehen, wenn genau hingesehen werden muss? Vergessen wir für einen Moment die Unterschiede der Temperamente – hier südliche Länder, von denen behauptet wird, dass sie die Dinge schon immer etwas lockerer gesehen haben, dort nördliche Länder, von denen es heißt, sie gingen sowieso immer pedantisch an die Sache heran, dann östliche Länder, über die geurteilt wird, dass man überhaupt noch nicht wisse, was sie machen werden, und schließlich noch ganz andere Länder, die sowieso nicht alles mitmachen, was der Kontinent für Europa vorsieht. Vergessen wir für einen Moment auch die immer wieder zu lesenden Bewertungen der – nennen wir es – unterschiedlichen Charaktere der politischen Akteure: auf der einen Seite der Tatkräftige, der Mutige, der Schnelle, auf der anderen Seite der oder vielleicht die Zögernde, Zaudernde, Abwartende, Stabilitätsbesessene, spät Entscheidende und alle möglichen Varianten dazwischen.

Vergessen wir all das, was sehen wir dann? Wir sehen, dass sich Beamte aus Europa und allen Mitgliedstaaten, Finanzminister, Außenminister, Staats- und Regierungschefs seit Monaten wieder und wieder Tage und Nächte in Marathonsitzungen um die Ohren schlagen. Warum tun sie das? Ja natürlich, um Griechenland zu retten. Aber warum das? Ja natürlich, weil wir eine Währung haben und selbst nicht in den wirtschaftlichen Abwärtstrend kommen wollen. Das ist alles richtig, aber in der allergrößten Not gibt es doch immer noch das Pfund, die D-Mark, den Franc und die Drachme. Warum also Griechenland retten, warum den Euro retten, warum unzählige Tage und Nächte, um nach harten, manchmal zähen Verhandlungen ein gemeinsames Ergebnis zu erzielen? Weil wir spüren: Scheitert der Euro, dann scheitert nicht nur das Geld. Dann scheitert mehr. Dann scheitert Europa, dann scheitert die Idee der europäischen Einigung.

Textquelle: Laudatio der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Doktor Angela Merkel. Verleihung des Karlspreises, Aachen, 13.04.2010. Internetquelle (letzter Zugriff 18.06.2014): www.karlspreis.de/preistraeger/2010/laudatio_der_bundeskanzlerin.html



Kapitel drei, Lernmaterial neun: Europa hängt nicht am Euro

„Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“: Mit diesem Satz macht Kanzlerin Angela Merkel seit Monaten geschickt Politik. Dass er kompletter Unfug ist, nimmt sie dabei gelassen in Kauf

Angela Merkels Krisensatz besteht aus sechs Worten und drei Stilfiguren. Die drei Stilfiguren, sie heißen Anapher, Stabreim und Parallelismus; die sechs Worte: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.“ Selten wurden politischer Populismus und dilettantische Poesie derart miteinander verschränkt wie in diesem Satz. Seit Beginn der Euro- und Staatsschuldenkrise hat die Kanzlerin keine Gelegenheit ausgelassen, ihn in ihre Reden einzubauen.

Stets wechselte der Kontext, nur der politische Zweck blieb gleich. Zum ersten Mal tauchte der Satz im Frühjahr 2010 in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag auf. Seitdem hat Merkel ihn in jede Rede zum Euro platziert: beim Europakolleg in Brügge, bei der Verleihung des Karlspreises an den polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk in Aachen, bei den Bundestagsdebatten über Ausweitung und Hebelung des Euro-Rettungsschirms EFSF, beim CDU-Parteitag in Leipzig. Zuletzt erteilte sie mit diesem Satz Eurobonds (vorerst) eine Absage.

„Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“: Es ist ein ideenloses Schreckensszenario, das Merkel da beschwört.

Man muss sich vor allem wundern, warum die Kanzlerin den Kontinent auf einen Raum von 17 Staaten reduziert – so viele Mitglieder hat die Eurozone nämlich nur. Wovon spricht sie dann, wenn sie „Europa“ sagt? Meint sie die Europäische Union mit ihren 27 Mitgliedern? Oder die 47 Staaten, die im Europarat sitzen? Geografisch umfasst „Europa“ sogar 51 Staaten. Andere Zählweisen vergrößern den nach der sagenumwobenen Tochter des phönizischen Königs Agenor und der Telephassa benannten Kontinent sogar noch mehr: In der Europäischen Rundfunkunion, dem Zusammenschluss der öffentlich-rechtlichen Sender, sind 56 Mitglieder organisiert; darunter auch Länder wie Algerien, Armenien und Israel – Staaten, die sonst Afrika oder Asien zugeordnet werden.

Eine Antwort könnte der Philosoph Jürgen Habermas geben: Sein jüngster Essay trägt den Titel „Zur Verfassung Europas“, darin geht es um die Krise der Europäischen Union. Es ist eine politisch zwar inkorrekte, aber längst allgemeingültige Gleichsetzung „Europas“ mit der „Europäischen Union“. Sollte Merkel es genauso halten die EU meinen, so muss ihr Satz aber nicht als Rettung, sondern als Bedrohung für das Gemeinschaftsprojekt verstanden werden.

Warum ist das so? Habermas schert sich wenig um den Euro. Viel wichtiger ist ihm, dass die Europäische Union einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zu einer Weltgesellschaft gegangen sei – einer Gesellschaft also, in der universelle Menschenrechte gelten und in der Bürger und Staaten gleichermaßen die politischen Geschicke lenken. Hier knüpft der 82-jährige Philosoph an Immanuel Kants Aufsatz „Vom ewigen Frieden“ an. Der Aufklärer träumte damals von universellen Menschenrechten, ja von einer weltweiten Föderation von Republiken. Es ist eine frühe demokratische Utopie, die, so Habermas, in der EU erste Wurzeln geschlagen habe. Denn hier, in Europa, finde sich eine solche Mini-Föderation; hier sei ein Friedensprojekt, das mit seinen Institutionen eine unabhängige Rechtsebene geschaffen habe. Habermas' Appell ist daher einer für das Recht: Nur, wenn die EU noch stärker auf das Recht setze, noch solidarischer und demokratischer werde, könne die Kant'sche Friedensvision eines Tages vervollkommen werden.

[hier Text gekürzt]

Merkels Satz offenbart eine Sichtweise, die den Rest des Kontinents als Absatzmarkt deutscher Produkte begreift. Kein Land hat mehr vom Euro – besser gesagt: vom schwachen Euro – profitiert als Deutschland; trotz Finanz- und Eurokrise brummt die hiesige Industrie auf Hochtouren. Der größte Teil der Exporte geht in die EU.

Ein Scheitern des Euro würde dieses Wachstum nicht nur massiv bremsen, wahrscheinlich würde es auch zu einer gewaltigen Krise auf den Finanzmärkten kommen. Börsianer, die in den Euro investiert haben, würden sich vielleicht ganz aus der Ex-Eurozone zurückziehen, Banken dadurch hohe Verluste einfahren und kein Geld mehr verleihen – und Unternehmen, die dringend auf frische Kredite angewiesen sind, in Zahlungsnöte geraten. Die Finanzkrise würde sich dann möglicherweise zu einer europaweiten Wirtschaftskrise auswachsen, die vielen Menschen den Job kostet.

Andererseits: Seit der Reichsgründung 1871 gab es in Deutschland vier Währungsreformen (wenn man die Reformen in der sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR hinzuzählt, sogar sieben). Nie führten sie in eine Rezession, im Gegenteil. Mal kurbelten sie das Wachstum an, mal befreiten sie das Land aus Krieg, Inflation oder Diktatur. Zudem hat Europa in seiner langen, teils blutigen Geschichte schon ganz andere Krisen überwunden.

Ein Scheitern des Euro würde somit weniger Europa denn die deutsche Wirtschaftsvormacht gefährden. Insgeheim gibt Merkel damit französischen Urängsten nach einem germanischen Hegemon auf dem Kontinent Vorschub. Ängsten, die im Nachbarland tatsächlich wieder in politischen Debatten artikuliert wurden.

Merkels apokalyptische Rhetorik würgt aber auch ein ernstes Nachdenken über Alternativen ab. Wie können wir die Schuldenkrise abwenden, ohne zu starr am Euro-Gebot festzuhalten? Wie können wir härtere Regeln durchsetzen, wie eine bessere Haushaltsdisziplin? Man fühlt sich an Merkels „alternativlose“ Politik erinnert – ein Wort, das nicht umsonst zum Unwort des Jahres 2010 gekürt wurde. Gäbe es einen „Unsatz des Jahres“, so hätte Merkels Bonmot sicher die Chance auf den Titelplatz 2011. Hält Europa weiter an der Alternativlosigkeit fest, dann könnte der Satz gar zur selbsterfüllenden Prophezeiung werden.

Die europäischen Werte sind jedenfalls so stark, dass ein wirtschaftlicher Sturm sie nicht umwerfen kann, umso weniger, als sie schon jetzt in alle Welt hinausstrahlen: Selten war ein Land so stolz darauf, an einem Singerwettbewerb in Europa teilzunehmen, wie das vorderasiatische Aserbaidschan. Dort wird 2012 der Eurovision Song Contest 2012 ausgetragen.

Vielleicht sollten wir es auch so sehen: Wenn der Euro tatsächlich scheitern sollte, wäre das eine Chance, nach dem wirklichen Sinn unserer „europäischen“ Idee zu fragen.

Textquelle: Petra Sorge, „Europa hängt nicht am Euro“, Cicero. Magazin für politische Kultur vom 29.11.2011.

Internetquelle (letzter Zugriff 18.06.2014): www.cicero.de/kapital/europa-haengt-nicht-am-euro/46671



Kapitel drei, Lernmaterial zehn: Eurokrise: Angela Merkel – Technokratin, keine Tyrannin

Die Euro-Krise scheint uns vor die Wahl zwischen mehr Europa oder mehr Demokratie zu stellen. Das Diktum Angela Merkels vom Oktober letzten Jahres muss so ausgelegt werden. „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“, sagte sie und fügte hinzu, dass niemand glauben solle, ein weiteres halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand seien in Europa selbstverständlich. Will uns Frau Merkel Angst machen? Die Kernaussage dieser drastischen Formulierung jedenfalls ist unüberhörbar: Es gibt keine Alternative zur Rettung des Euros und damit auch zur derzeitigen Politik.

Doch eine Politik der Alternativlosigkeit ist keine Politik – zumal keine demokratische. Demokratie, wir wissen es aus dem Schulunterricht, lebt vom Konflikt und davon, dass konkurrierende Meinungen und Ordnungsentwürfe öffentlich artikuliert werden. Politik wird glaubhafter, wenn sie das Ergebnis einer möglichst breit angelegten Debatte ist, bei der Argumente auf Gegenargumente stoßen und unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten oder Ideen einer kritischen Überprüfung standhalten müssen. Auch radikale Gedanken, die einem allgemeinen Konsens widersprechen oder an Tabus rütteln, haben ihre Berechtigung und sind notwendig für die Meinungsbildung. Mehrfach ist bereits darauf hingewiesen worden, dass Wähler durchaus bereit sind, Nachteile in Kauf zu nehmen, wenn sie von den getroffenen Entscheidungen überzeugt sind.

Diese Überzeugung fehlt in unserer Zeit der antidemokratischen und alternativlosen Europapolitik. Die Mehrheit der Deutschen mag der Euro-Rettungspolitik der Kanzlerin noch zähneknirschend zustimmen, aber die Spannungen zeigen sich deutlich. Umfragen ergeben, dass die Zahl der Skeptiker unter den Deutschen beachtlich ist. Über ein Drittel der Bürger, so die Meldungen von vor einigen Wochen, würde eine eurokritische Partei wählen, und jeder zweite Bundesbürger glaubt, dass es Deutschland ohne die EU besser ginge [vergleiche Anmerkung am Textende]. Dennoch hören wir über die Gründe, warum wir die EU und den Euro um jeden Preis retten sollten, herzlich wenig. Die Kanzlerin, die vorgibt, die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen zu wollen, versucht sich gar nicht erst in Erklärungen. Statt Ängste abzubauen, wird aufgewiegelt, um wieder abwiegen zu können – ohne dass irgendjemandem, der sich auf Angela Merkel verlässt, klar werden dürfte, was es mit dieser Krise wirklich auf sich hat.

Textquelle: Sabine Beppler-Spahl, Eurokrise: Angela Merkel – Technokratin, keine Tyrannin, Novo Argumente vom 09.03.2012. Internetquelle (letzter Zugriff 18.06.2014): www.novo-argumente.com/artikel/angela_merkel_technokratin_keine_tyrannin

Anmerkung

Jeder dritte Deutsche würde Eurokritiker wählen, focus.de und Die Deutschen verlieren den Glauben an die EU, welt.de.

Kapitel drei, Arbeitsvorschläge zu den Lernmaterialien fünf bis zehn

1. Beschreiben Sie das Verhältnis von Finanzwirtschaft und Politik, wie es von Hirschstein, Modersohn, Kastein und Manzinger erörtern (Textquelle: Veiel 2013, Seite 517 bis 518).
2. Fassen Sie die Überlegungen von Frank Schirrmacher zu den Handlungsmöglichkeiten der Politik zusammen (Lernmaterial fünf).
3. Erarbeiten Sie die Begründungen, weshalb nach Auffassung von Kanzlerin Angela Merkel die Politik der Bundesregierung zur Rettung des Euro ohne Alternative gewesen sei (Lernmaterial sechs bis Lernmaterial acht).
4. Legen Sie die Argumentation von Petra Sorge (Lernmaterial neun) sowie von Sabine Beppler-Spahl (Lernmaterial zehn) zur scheinbaren Alternativlosigkeit der Politik in der Eurokrise dar.
5. Kontrastieren Sie die Auffassungen von Kanzlerin Merkel mit denjenigen von Petra Sorge und Sabine Beppler-Spahl in Gestalt einer schriftlichen Gegenüberstellung der Positionen.
6. Diskutieren Sie die verschiedenen Auffassungen zu den Möglichkeiten der Politik in der Eurokrise.

Kapitel drei, Lernmaterial elf: Noch tiefer im Haftungsstrudel: Die Rettungsschirme EFSF und ESM – vierter Akt der Eurokrise

Die Zeit der fiskalischen Rettungsschirme brach an ...

Nun kam der vierte Akt. Die Politiker sagten sich: „Die EZB ist nicht demokratisch legitimiert, Staatspapiere zu kaufen. Was sie macht, ist eine monetäre Staatsfinanzierung, die Artikel 123 des EU-Vertrages unterläuft. Wenn jemand solche Staatspapiere kauft, dann sind wir es!“

Man gründete deshalb zeitgleich mit dem Beginn der Anleihekäufe seitens der Europäischen Zentralbank im Mai 2010 den schon erwähnten Rettungsfonds EFSF, der zunächst auf drei Jahre beschränkt war, doch zwei Jahre später, mit den Beschlüssen vom Sommer 2012, unter dem neuen Kürzel ESM erweitert und verstetigt wurde. Dem Fonds wurde die Aufgabe übertragen, notleidenden Staaten mit Krediten zu helfen und Staatspapiere auf dem offenen Markt zu kaufen, um die Kurse dieser Papiere zu stützen. Da mit dem Aufbau der EFSF viele Monate vergehen würden, tolerierte man das SMP der Europäischen Zentralbank in einer Übergangszeit, aber man wollte es anschließend so schnell wie möglich ablösen. Wie das SMP sollte auch die EFSF den Staaten niedrige Zinsen verschaffen und zudem die Pfänder für die Kredite aus der Druckerpresse sichern.

Aber die EZB machte überhaupt keine Anstalten, ihre Interventionen zu unterlassen, sondern betrieb ihre Aufkäufe auch dann noch weiter, als der Rettungsschirm EFSF funktionsfähig war und im Februar 2011 damit begann, Geld auszuzahlen. Griechenland hatte man schon ab Mai 2010 Geld gegeben, aber nicht im Rahmen der EFSF, sondern im Rahmen eines besonderen Soforthilfeprogramms.

Insgesamt waren damit bis zum Ende 2013 nach heutigem Kenntnisstand (Februar 2014) 1058 Milliarden Euro an öffentlichen Krediten an die Krisenländer gewährt worden, von denen 393 Milliarden von den Parlamenten verantwortet wurden und 665 Milliarden Euro vom Rat der EZB beschlossen oder toleriert wurden. Fast zwei Drittel der Rettungskredite wurden also vom EZB-Rat beschlossen und entzogen sich der demokratischen Kontrolle der Parlamente. Hier zeigte sich – und zeigt sich noch – ein ganz fundamentales rechtliches Problem, das das deutsche Bundesverfassungsgericht in Unruhe versetzen sollte.

All dies folgt quasi automatisch aus dem, was in den drei Akten der Eurokrise, wie ich sie skizziert habe, passiert war.

Eine fatale Dynamik ...

Leider ja. Man kann den verantwortlichen Politikern nicht Fahrlässigkeit oder Irrationalität vorwerfen. Was sie taten, war naheliegend, wenn sie den Crash unter allen Umständen verhindern wollten und frühere politische Entscheidungen als gegeben ansahen und nicht eigene Fehlentscheidungen eingestehen wollten. Es ergab sich eine Pfadabhängigkeit der Politik, die nach dem, was schon entschieden und geschehen war, quasi automatisch den jeweils nächsten Schritt hervorbrachte. Das ist es wohl, was die Bundeskanzlerin meinte, als sie davon sprach, ihre Entscheidungen seien alternativlos gewesen.

Aber ganz so alternativlos, wie sie tat, waren die jeweiligen Entscheidungen jedoch nicht. Angesichts der Entwicklung, die alles genommen hat, hätte es an verschiedenen Punkten der mittlerweile als tragisch einzustufenden Ereigniskette sehr wohl Möglichkeiten für Ausbruchsversuche geben können. Damit solche Ausbruchsversuche, die nie ohne Risiko sind, gelingen, bedarf es freilich einer großen Tatkraft und gründlicher Kenntnisse der wirtschaftlichen Zusammenhänge.

[hier Text gekürzt]

Das alles geht zulasten künftiger Generationen. Die Politiker tun das unseren Kindern an, weil unsere Kinder noch nicht wählen können. Wie schön, dass es eine Gruppe von Bürgern gibt, die man nach Belieben belasten kann, ohne dass man um ihre Stimmen bei der nächsten Bundestagswahl fürchten muss.

Die Demokratie erlaubt die systematische Ausbeutung zukünftiger Generationen durch die jetzigen Wähler. Wollte man die Verzerrung vermeiden, müsste man zumindest dafür sorgen, dass Eltern für ihre noch unmündigen Kinder Stimmrechte erhalten. Dann gäbe es ganz andere Mehrheiten und die Politiker würden die Lasten ihrer Politik nicht mehr so bedenkenlos den zukünftigen Generationen zuschieben, wie sie es heute tun.

Ich befürchte, dass unsere Kinder uns einmal verdammen werden, wenn sie mit den Konsequenzen der

heutigen Rettungspolitik konfrontiert sind. Sie werden fragen: „Wie konntet ihr das geschehen lassen? Habt ihr nicht gewusst, was passiert ist, hat euch niemand informiert? Wie konntet ihr glauben, dass das funktionieren kann?“

Textquelle: Hans-Werner Sinn, Gefangen im Euro. München: Redline Verlag, 2014, Seite 73 bis 75 und 119



Arbeitsvorschläge

1. Stellen Sie dar, welche Gründe der Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Werner Sinn, für das bisherige Agieren der Politik in der Finanzkrise anführt.
2. Formulieren Sie die möglichen Folgen der Finanzkrise für künftige Generationen aus der Perspektive von Hans-Werner Sinn.

Kapitel drei, Lernmaterial zwölf: Die schweren Folgen in Griechenland

Zu Beginn des Jahres 2013 lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der Eurozone bei 11,8 Prozent. Doch diese Werte täuschen darüber hinweg, dass es einige Mittelmeerländer wesentlich schwerer traf. Im Vergleich zu 2009 sank das Einkommen in Griechenland um ein Fünftel. In weiten Teilen setzte eine Stadtfucht ein, aber auch auf dem Land nahm die Armut erschreckend zu. Ende 2012 hatten von den rund elf Millionen Einwohnern in Griechenland nur noch 3,7 Millionen eine regelmäßige Beschäftigung.

Immer mehr Griechen müssen zusätzlich von den spärlichen Renten der Eltern oder Großeltern leben. In Athen eröffnen zunehmend Suppenküchen, die die Ärmsten mit einer Mahlzeit versorgen.

Allein 2011 wollten mehr als 700 Familien ihre eigenen Kinder in ein SOS-Kinderdorf schicken, damit sie wenigstens mit dem Nötigsten versorgt sind. Allerdings weigerten sich die meisten SOS-Kinderdörfer, da sie den Kindern dieses Trauma nicht zumuten wollten und eher auf eine Lösung in der Familie setzten.

Im Winter konnten zahlreiche Wohnungen in Athen nur noch notdürftig beheizt werden, da der Heizölpreis aufgrund neu eingeführter Steuern inzwischen das Niveau des Benzinpreises erreicht hat. Auf dem Land wichen viele auf Holz aus, was die Zerstörung der Landschaft und die Erosion des Bodens beschleunigt hat.

In den Straßen Athens ist es ruhiger geworden, da viele sich ihr Auto nicht mehr leisten können. Die milliardenschweren Rettungspakete kommen nicht bei der verarmten Bevölkerung an, sondern dienen in erster Linie dazu, die Forderungen der Banken und der anderen Gläubiger zu befriedigen. Bei den Menschen wachsen Verbitterung und Verzweiflung über die Kältherzigkeit und Ignoranz in Europa.

Das häufigste Schild, das Touristen in Athen in diesen Tagen vorfinden, ist jenes mit der Aufschrift „Sale“. Die Arbeitslosigkeit hat im Jahr 2013 mittlerweile einen historischen Rekordwert von über 30 Prozent erreicht. In Griechenland herrschen nunmehr Zustände wie nach der Weltwirtschaftskrise von 1929. Allein bei den Personen unter 24 Jahren sind 62 Prozent arbeitslos. Das Tarifvertragsrecht, das auf dem Grundrecht der Koalitionsfreiheit und der gewerkschaftlichen Betätigung beruht, wurde auf Druck der internationalen Gemeinschaft ausgesetzt.

Die Arbeitslosenhilfe hängt indirekt vom Mindestlohn ab – sie beträgt zurzeit 360 Euro monatlich und wird höchstens ein Jahr lang überwiesen. Dann gibt es keine Leistungen mehr. Im Vergleich dazu herrschen mit dem unbefristeten Hartz IV (der Arbeitslosenhilfe II) in Deutschland geradezu erträgliche Verhältnisse.

In Athen wächst die Zahl der Obdachlosen dramatisch – es wird geschätzt, dass inzwischen 20.000 Menschen allein in der Hauptstadt auf der Straße ihr Dasein fristen.

Nach einer Auswertung der EU-Statistikbehörde Eurostat leben 28 Prozent der Griechen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren unterhalb der Armutsgrenze.

In der Nacht werden Lebensmittel in den Abfall-Containern von Supermärkten gesucht. An den Kassen stehen Behälter, in denen Kunden Lebensmittel als Spende für Bedürftige werfen können.

Zahlreiche Wohnungen bleiben auch im Winter nahezu unbeheizt, obwohl in Athen die Temperatur bis zum Gefrierpunkt sinken kann.

Die orthodoxe Kirche unterhält jeden Tag im ganzen Land Tafeln und Suppenküchen, die 250.000 Menschen mit einer warmen Mahlzeit versorgen.

Im Winter mussten in Nordgriechenland einige Schulen und Kindergärten geschlossen werden, da sie nicht mehr ausreichend beheizt werden konnten. Seit 2010 wurden die Mittel für die Betriebskosten der Schulen um 50 Prozent reduziert. Die im Jahr 2011 verabschiedete Besoldungsverordnung legt für neu eingestellte Lehrer ein Anfangsgehalt von monatlich 575 Euro fest.

Textquelle: Gerald Pilz, Europa im Würgegriff. Konstanz/München: UVK, 2013, Seite 67 bis 69

Kapitel drei, Lernmaterial dreizehn: Die große Manipulation: Wie Goldman Griechenland in den Euro holte

Im Jahr 2001 befand sich Griechenland in der misslichen Lage, ein für den Euro-Beitritt zu hohes Defizit aufzuweisen. Daher beauftragte die griechische Regierung die Investmentbank Goldman Sachs, das Problem zu lösen. **Goldman bot den Griechen eine 2,8 Milliarden Euro-Finanzierung an.** Diese würde es der griechischen Regierung ermöglichen, die Maastricht-Kriterien der Europäischen Union zu erfüllen: Weil die Schulden aus dem Haushalt herausgerechnet werden konnten, würde Griechenland als hoffnungsvolles neues Euro-Mitglied begrüßt werden.

So kam es denn auch. Doch während der EU-Beitritt Griechenlands dank der Verschleierungs-Aktion reibungslos verlief, geriet das griechische Defizit weiter außer Kontrolle. Dass Europa via Griechenland an den Rand des Abgrunds geriet, ist im Grund auf die Kreativität der Investmentbank Goldman Sachs zurückzuführen, die in **der kriminellen Energie der griechischen Regierung die Chance zu einem guten Geschäft erkannte.** Goldman strukturierte den Deal mit den Griechen nämlich nicht einfach als normalen Kredit mit normalen Zinsen, sondern in Form eines komplizierten Währungs-Swaps.

Heute sagen die griechischen Politiker, sie hätten nicht verstanden, worum es ging. Sie beklagen, dass Goldman auf einer **Geheimhaltungsklausel** bestanden habe. Daher sei es ihnen nicht möglich gewesen, sich am Markt zu erkundigen, um welche Art von Geschäft es sich gehandelt habe. Der Chef der staatlichen griechischen Schuldenagentur, Spyros Papanicolaou, sagte dem Nachrichtendienst Bloomberg, dass Goldman den Griechen gedroht hätte: „Wenn ihr irgendjemand von den Konditionen erzählt, ist der Deal abgeblasen.“

Goldman gelang es tatsächlich, mithilfe eines Swaps die Staatsschulden Griechenlands um zwei Prozent zu senken: Die Banker tauschten griechische Staatsanleihen erst in Dollar, dann in Yen um. Dies geschah zu veralteten und teilweise fiktiven Wechselkursen. Es geschah außerhalb des normalen griechischen Haushalts, weshalb es keinerlei Transparenz nach Brüssel gab.

Wie ein griechischer Beamter Bloomberg bestätigte, waren nicht nur die Zinsen fiktiv. Goldman verwendete für diese Transaktionen die **fiktive Summe** von 15 Milliarden Euro – ein Vielfaches mehr, als der eigentliche Kredit ausmachte. Dadurch stiegen die Chancen, aber auch das Risiko der Transaktion. Vor allem aber **stiegen die Gebühren, die Griechenland an Goldman zu zahlen hatte.**

Als der Auftrag vier Jahre später umgeschuldet werden musste, war der **Deal vollständig aus dem Ruder gelaufen.** Um die ursprünglichen 2,8 Milliarden Euro zurückzahlen zu können, hatte Griechenland nämlich eine **Wette** abgeschlossen – und zwar auf steigende Zinsen. Doch nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 fielen die Zinsen, und die Schulden Griechenlands stiegen mit dem Refinanzierungsmodell gewaltig an. Um das Problem in den Griff zu bekommen, folgte Griechenland dem Rat von Goldman und startete eine **neue Wette:** Diese war nun an die Inflation in der Eurozone gekoppelt. Doch auch diese Lösung entwickelte sich zum Rohrkrepieler. Denn leider verliefen die wichtigsten Kennzahlen für diesen Swap genau andersrum wie von Goldman vorhergesagt.

Die Folge für Griechenland: Aus einem Kredit von 2,8 Milliarden Euro war – dank der fachkundigen Beratung durch Goldman – **ein doppelt so hoher Schuldenberg** geworden: Nun standen die Griechen durch die Währungs-Swaps mit 5,1 Milliarden Euro in der Kreide. **Goldman machte bei dem Deal einen Profit von 600 Millionen Euro** – wobei schwer zu sagen ist, wie viel Gewinn die Bank wirklich erzielt hat, weil sie ja auch Kosten für den Kredite und die Transaktion verbuchen musste. Immerhin: Die 600 Millionen Profit stellten im Jahr 2001 etwa 12 Prozent des Umsatzes der Abteilung dar, die für Goldman das Geschäft machte. Der Chef der Abteilung: **Lloyd Blankfein**, heute oberster Chef von Goldman. Der Chef für europäisches Risiko-Management bei Goldman in London war zur damaligen Zeit einer, der später noch eine große Karriere in der europäischen Schuldenkrise machen sollte: Bis zum heutigen Tag bestreitet **EZB-Chef Mario Draghi**, auch nur irgendetwas von dem Griechen-Deal gewusst zu haben. Er sei nur für den privaten Sektor zuständig gewesen, nicht für Geschäfte mit Staaten. Das hätte ihn nicht interessiert.

Textquelle: Die große Manipulation: Wie Goldman Griechenland in den Euro holte, Deutsche Wirtschafts Nachrichten vom 10.04.2014, Hervorhebungen im Original. Internetquelle (letzter Zugriff 18.06.2014):<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/04/10/die-grosse-manipulation-wie-goldman-griechenland-in-den-euro-holte/>

Kapitel drei, Lernmaterial vierzehn: Goldman Sachs gewinnt immer

Dass die Bank die Fähigkeit hat, sich mit den politischen Machthabern zu arrangieren – oder sie auszutricksen – ist kaum erstaunlich. Schon seit den frühen 1990er-Jahren hat jeder Topmanager von Goldman Sachs einen hochrangigen politischen Posten als logische Krönung seiner Karriere vor Augen. Diese inzestuöse Verflechtung mit der politischen Sphäre erklärt, warum die Bank regelmäßig in die großen Manöver und Strategien im Finanzsektor involviert ist. Drei Beispiele: In der Subprime-Krise und bei der anschließenden Rettung der Banken spielte sie eine ebenso zentrale wie dubiose Rolle; schon vor Jahren hatte sie der griechischen Regierung geholfen, ihr Haushaltsdefizit zu verschleiern, was am Ende zur Krise des Euro geführt hat; und sie war auch an den Rohstoffspekulationen beteiligt, die den Ölpreis künstlich in die Höhe getrieben haben.

Textquelle: Ibrahim Warde, Goldman Sachs gewinnt immer. Wie ein Bankhaus Politik macht, Edition Le Monde diplomatique, Nummer 12, 2012, Seite 51



Kapitel drei, Arbeitsvorschläge zu den Lernmaterialien zwölf bis vierzehn

1. Beschreiben Sie die Auffassung von Kastein zur Entstehung der Staatsschuldenkrise in Griechenland (Textquelle: Veiel 2013, Seite 527).
2. Fassen Sie die ökonomischen und sozialen Folgen der Finanzkrise für die griechische Bevölkerung nach Darstellung von Gerald Pilz zusammen (Lernmaterial zwölf).
3. Legen Sie die Rolle der Investmentbank Goldman Sachs im Hinblick auf den Beitritt Griechenlands zur Eurozone nach Auffassung von Kastein dar (Textquelle: Veiel 2013, Seite 527).
4. Setzen Sie die Auffassung Kasteins über die Rolle von Goldman Sachs bei der Einführung des Euro in Griechenland in Beziehung zu der Darstellung in den Deutschen Wirtschafts Nachrichten (Lernmaterial dreizehn).
5. Beschreiben Sie die Verflechtung von (ehemaligen) Mitarbeitern von Goldman Sachs und der Politik nach Ibrahim Warde (Lernmaterial vierzehn).
6. Diskutieren Sie die Karrieremöglichkeiten von Mitarbeitern von Goldman Sachs in der Politik.

Kapitel drei, Lernmaterial fünfzehn: Wer sind die 99 Prozent? Zum Profil der Occupy-Bewegung

Die Occupy-Bewegung war eine der aufsehenerregendsten Protestbewegungen der letzten Jahre. Nicht auf Grund ihrer Größe oder wegen ihres politischen Programms, denn häufig hatten sie explizit keines. Occupy war das Sinnbild des Protestes in der „Krise des demokratischen Kapitalismus“ (Streeck 2013). Es wurde symbolisch für die Rückeroberung des demokratischen Gemeinwesens protestiert, welches von den Finanzmärkten dominiert erschien. Man wollte es wiederaneignen, wiederbesetzen, mit anderen Worten: okkupieren. Das Signum für Occupy waren die „99 Prozent“. Die bewusste Übersteigerung einer politischen Diagnose und einer soziologischen Vermutung. Occupy sah sich trotz der internen Heterogenität als „Bewegung der 99 Prozent“, sie wollten symbolisch jene repräsentieren, die von der ökonomischen und politischen Macht zunehmend ausgeschlossen sind.

Ihren Ausgangspunkt fand die internationale Occupy-Bewegung in der US-amerikanischen Protestbewegung Occupy Wall Street. Im September 2011 wurde von ca. 2.000 Menschen der Zuccotti Park in Manhattan besetzt. Damit gewann die Bewegung einen räumlichen und symbolischen Ausgangspunkt (Milkman et al. 2012; Mörtenböck/Mooshammer 2012). Am 15. Oktober 2011 fand der erste internationale Aktionstag der neuen globalen Bewegung statt. Allein in Deutschland demonstrierten in dieser Zeit in unterschiedlichen Städten 40.000 Menschen. Einige Hundert gingen dazu über, durch die Errichtung von Camps dauerhaft öffentliche Plätze zu okkupieren. Im Mai 2012 kamen zu den „Blockupy“-Protesten nochmals Zehntausende nach Frankfurt. Gleichwohl blieben die Occupy-Camps nur ein temporäres Protest-Phänomen. Während das Occupy-Camp im New Yorker Zuccotti-Park bereits nach zwei Monaten geräumt wurde, hielten die AktivistInnen in Frankfurt noch bis zum September 2012 durch. Mit der Räumung begann auch der – vorläufige – Niedergang der Protestbewegung, die aber vielen immer noch als bedeutendes Symbol für den Protest gegen den Finanzmarktkapitalismus gilt.

[hier Text gekürzt]

Was denken die Okkupanten?

Von den CamperInnen war etwa ein Drittel zuvor nicht politisch aktiv und ist erst über Occupy zum politischen Aktivismus gestoßen. Unter den Aktiven wurden circa 20 Prozent neu politisiert und haben erstmalig an Demonstrationen teilgenommen – was beides sehr für die anfängliche Anziehungskraft der Occupy-Proteste spricht. Gleichwohl waren insgesamt mehr als zwei Drittel aller CamperInnen, Aktiven und Informierten zuvor schon auf einer Demonstration. Neben dem Erreichen vieler „Jung-Aktivisten“ (Walter 2013) befinden sich unter den CamperInnen zahlreiche AnhängerInnen der Piraten-Partei, wobei Die Linke die meisten potentiellen Wählerstimmen aus der Gruppe der Aktiven beziehen wird. Die Piraten stehen für ein neues, partizipatives Modell politischer Verkehrsformen, was für die CamperInnen eminent wichtig ist. Sie sehen ihr Camp als Laboratorium für eine andere, partizipative Demokratie. Die Linke hingegen artikuliert programmatisch zahlreiche Forderungen von Occupy, aber steht insgesamt noch stärker für das klassische Delegations- und Repräsentationsmodell politischer Parteien. So sind 81 Prozent der Befragten der Meinung, dass Banken verstaatlicht werden sollen – eine Forderung, die auch die Linke stellt. Auch die Forderung nach einer 100 Prozent-Besteuerung ab einem Monatseinkommen von 40.000 Euro, welche die Linken-Vorsitzende Katja Kipping aufgestellt hatte, fand bei den Befragten große Zustimmung. Fast 43 Prozent stimmen dieser Forderung voll und ganz zu, lediglich 19 Prozent waren dagegen.

Trotzdem lehnen zahlreiche AktivistInnen eine Einteilung in links und rechts oder überhaupt die Teilnahme an der parlamentarischen Politik ab – nicht weil sie die Demokratie ablehnen, ganz im Gegenteil, sondern weil sie die [L]inks-rechts[-]Klassifizierung für überkommen halten und von der parlamentarischen Politik enttäuscht sind. Diese Ablehnung des [L]inks-rechts-Schemas ist nichts genuin Neues. Auch viele der neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 80er Jahre lehnten dies ab. Allerdings gibt es in Zeiten der Postdemokratie noch einen anderen Zusammenhang. Politik wird häufig „post-politisch“ (Ranciere 1997) als jenseits von links und rechts, ohne Inhalt, als technischer Sachzwang formuliert. Die Verneinung der [L]inks-rechts-Einteilung wäre damit nur die eigensinnige Unterseite der Postdemokratie.

[hier Text gekürzt]

Bei den Wertpräferenzen der Occupy-Bewegung ergibt sich ein klares Bild: Freiheit, Bürger- und

Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe sind ihre zentralen Werte. Solidarität und Gleichheit der Lebensbedingungen sind ebenfalls wichtig, aber rangieren hinter den erstgenannten. Postmaterialistische Werte, wie Selbstverwirklichung, Phantasie und Kreativität werden von allen Gruppen als wichtiger bewertet als materielle und wettbewerbliche Motive, welche als am wenigsten wichtig eingestuft werden.

[hier Text gekürzt]

Was nun?

Occupy ist sicherlich vorerst gescheitert. Aber die Kritik an der Gesellschaft, die die TeilnehmerInnen geübt haben, bleibt weiterhin relevant. Occupy lebt symbolisch weiter, in dem eine „neue Systemfrage“ aufgebracht wurde: Vertragen sich Kapitalismus und Demokratie noch? (vergleiche Streeck 2013).

Dies wird auch anhand der Beteiligung an den Blockupy-Protesten im Juni 2013 deutlich. Hier protestierten im Zuge der „Blockupy-Aktionen“ – nach Angaben der OrganisatorInnen – erneut 20.000 Menschen gegen die Krisen- und Verarmungspolitik der Troika. Diese große Mobilisationskraft spiegelt das Empörungspotential wider, welches sich über die Themen der Occupy-Proteste entladen kann. Ein weiteres Indiz für die Bedeutung, die den Protesten nach wie vor zugeschrieben werden kann, bildet auch das harte Eingreifen der Polizei, welches die Demonstration in der geplanten Form verhinderte.

Abschließend lässt sich zusammenfassen: Niemand hatte mit Occupy gerechnet, als diese Protestbewegung fast aus dem Nichts entstand. Es gibt deshalb auch keine Gewissheit, dass sie nicht in einem neuen Gewand wiederkehrt.

Zitierte Literatur in diesem Auszug: Milkman, Ruth, Luce, Stephanie und Lewis, Penny (2012): Changing the Subject: A Bottom-Up Account of Occupy Wall Street in New York City. New York.

Mörtenböck, Peter und Moshammer, Helge (2012): Occupy – Räume des Protests. Bielefeld.

Ranciere, Jacques (1997): Demokratie und Postdemokratie, in: Alain Badiou und Jacques Ranciere (Hrsg.): Politik der Wahrheit. Wien, Seite 94 bis 122.

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit – Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin.

Walter, Franz (2013): Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft – Konklusion und Ausblick, in: Franz Walter, Stine Marg, Lars Geiges und Felix Butzlaff (Hrsg.), Die neue Macht der Bürger – Was motiviert die Protestbewegung? Hamburg, Seite 301 bis 343.

Aus: Oliver Nachtwey und Fabienne Décieux, Wer sind die 99 Prozent? Zum Profil der Occupy-Bewegung. Gegenblende – Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, Nr. 23/2013, September/Oktober 2013, Hervorhebungen im Original. Internetquelle (letzter Zugriff 20.06.2014): www.gegenblende.de/search/++co++9aea3d58-34e9-11e3-91f0-52540066f352



Arbeitsvorschläge

1. Fassen Sie die Krisenszenarien der Finanzkrise und deren Folgen von Modersohn (Textquelle: Veiel 2013, Seite 522 bis 523), Hinz (Textquelle: Veiel 2013, Seite 539) und Kastein (Textquelle: Veiel 2013, Seite 527

bis 528) zusammen.

2. Recherchieren Sie selbstständig zur Occupy-Bewegung. Welche Ziele verfolgte und welche Entwicklung nahm sie?
3. Setzen Sie Ihre Rechercheergebnisse in Beziehung zu der Darstellung von Oliver Nachtwey und Fabienne Décieux (Lernmaterial fünfzehn) und diskutieren Sie die bei Nachtwey und Décieux aufgeworfene Frage nach der Vereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus.

Kapitel drei, Lernmaterial sechzehn: Spielabbruch

Das ist im Kapitalismus nicht anders als beim Mensch-ärgere-dich-nicht: Man hat Angst, aus dem Rennen geworfen zu werden, zurückzufallen, man hofft, sich an die Spitze setzen oder wenigstens ein paar Plätze aufrücken zu können, seine Schäfchen ins Trockene zu bringen. Diese simple Spiellogik kann unglaubliche Leidenschaften entfachen, die erst dann verschwinden und sich relativieren, wenn man dem Spielbrett den Rücken kehrt. Die Linke jedoch fixiert alle Energien auf das Spielbrett: Die Abstände vergrößern sich! Die Manager haben nur Fünfer und Sechser auf dem Würfel! Sie haben viel mehr Männchen! Sie würfeln zweimal! Sie haben Schaum vor dem Mund!

Das ist alles richtig, und es ist kein harmloses Spiel, das hier gespielt wird, sondern eins auf Leben und Tod. Aber es gibt zwei Probleme mit ihm: Erstens, die Spielregeln sind ungerecht, die Gewinnchancen ungleich verteilt. Das ist das Problem der Gerechtigkeit, ein gewaltiges Problem für alle, die dem Feld hinterherlaufen müssen. Zweitens, es ist ein idiotisches Spiel, weil es keinerlei erkennbares Ende hat. Das ist das Problem der Entfremdung: Auch solche, die schon 20, 40 oder 400 Männchen im Ziel haben, werden weiter von den gleichbleibenden Angst- und Begehrensmustern angetrieben.

Sie spielen, auch wenn es sie selber ruiniert, sie spielen, auch wenn es ihre Familien zerstört, ihre Kinder in den Selbstmord oder Burnout treibt, die sozialen Bande untergräbt, die ökologischen Grundlagen unseres Lebens vernichtet. Deshalb wäre es höchste Zeit für die Linke, den Motivationsstecker zu ziehen: Die Sieger sind gar keine Sieger. Es sind armselige, raffgierige, orientierungslose Süchtige, die ein unabschließbares Steigerungsspiel betreiben: Wachstum, Reichtum, Beschleunigung, Innovationsverdichtung. Dieses Spiel braucht gewaltige und immer größere kulturelle Antriebsenergie. Die wird ihm zugeführt durch eine politische Position, die den einen permanent einhämmert: Ihr seid die Sieger! Ihr seid die Gewinner! Ihr habt ein gutes Leben! Verteidigt euren Vorsprung! Bleibt oben! Der Kampf ist hart! Und den anderen: Ihr seid die Betrogenen! Ihr kommt zu kurz! Fordert mehr Spielsteine!

Wer so argumentiert und damit Wahlkämpfe führt, betreibt das Geschäft eines Neoliberalismus, der um alles in der Welt auf Wirtschaft, Wachstum und Wettbewerb setzt. Denn dieser Neoliberalismus hat aus sich selbst heraus keinerlei kulturelle Ressourcen, um das aberwitzige, selbstzerstörerische Steigerungsspiel mit Motivationsenergie zu versorgen. Er tut so, als sei der immer härtere Wettbewerb eine naturgegebene Tatsache; aber er verfügt über keine Erzählung, kein Wertesystem, das ein Sehnsuchtsziel für das menschliche Handeln, eine Idee des gelingenden Lebens zu definieren vermöchte. Das tut die Linke für ihn, und sie tut es deshalb im Sinne des Steigerungsspiels, weil es für das Problem der Gerechtigkeit harte und eindeutige Zahlenbelege gibt, für das Problem der Entfremdung aber nur vage Gegenkonzepte eines anderen, eines wirklich guten Lebens.

[hier Text gekürzt]

Kein Mensch braucht das 400-Fache seines Nachbarn. Wenn sich Angst und Begehren vom Spielbrett lösen und wieder den Grundfragen des Lebens zuwenden, werden wir auch neue Verteilungsregeln finden. Das aber bedeutet: Erst wenn die Linke die Frage nach der Entfremdung und ihrem Gegenteil, dem gelingenden Leben, zu ihrem ureigentlichen Thema macht, löst sie sich aus dem unheilvollen Pakt mit dem Neoliberalismus und zieht den Stecker für dessen selbstzerstörerisches Steigerungsspiel.

Textquelle: Hartmut Rosa, Spielabbruch. Warum es sich nicht lohnt, für gerechtere Regeln im kapitalistischen Spiel zu kämpfen, Edition Le Monde diplomatique, Nummer 12, 2012, Seite 99



Arbeitsvorschläge

1. Fassen Sie die Äußerungen von Ansberger, von Hirschstein und Manzinger zu den Möglichkeiten grundsätzlicher politisch-ökonomischer Veränderungen zusammen.
2. Legen Sie die Schlussfolgerungen dar, zu denen der Soziologe Hartmut Rosa bei seinen Überlegungen zur Wirtschaftsweise des Kapitalismus, zum entfremdeten Leben und zur Idee eines gelingenden Lebens kommt (Lernmaterial sechzehn).
3. Reflektieren Sie auf dieser Grundlage die Aussage von Kastein: „Die eigentlichen Fragen werden nicht gestellt“ (Textquelle: Veiel 2013, Seite 528).
4. Erörtern Sie schriftlich, welche Fragen dies sein könnten.
5. Diskutieren Sie Ihre Auffassungen im Plenum.